

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando  
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse für 1902 unter Nr. 7878.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgepolte Kolonelle  
 oder deren Raum 40 Pfg. für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Bekanntmachungs-Anzeigen 20 Pfg.  
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.  
 (zwei das erste Wort frei). Inzertale für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-  
 und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraph-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 27. November 1902.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69,  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

### So wohnt das Proletariat!

Vor einem Jahre lobten im Berliner Stadtparlament die Räumlichkeiten über die von unsren Vertretern dort gestellten Anträge, die bezweckten, das Wohnungswesen in Berlin, wenigstens in seinen ärgsten Auswüchsen, zu lindern. Alle diese Anträge wurden von der Stadtverordneten-Versammlung, die ja zu zwei Dritteln aus Hausbesitzern besteht, belanunlich abgelehnt. Diesem Schicksal verfiel auch ein Antrag, der an den bestehenden Zuständen zunächst gar nichts ändern wollte, sondern nur verlangte, daß zur Erforschung, Klarlegung und schnellen Veröffentlichung aller das große und weite Gebiet des Wohnungswezens und Wohnungsmarktes umfassenden Ziffern und Daten ein Wohnungsamt errichtet werde, damit die städtischen Behörden wenigstens wüßten, wie denn die Verhältnisse auf dem Berliner Wohnungsmarkt wirklich liegen. Zur Begründung dieses Antrages konnte u. a. darauf hingewiesen werden, daß Ende November 1901 seitens des Berliner Statistischen Amtes noch nicht die Ergebnisse der im Jahre 1895 aufgenommenen Wohnungszustandserhebung veröffentlicht worden wären und daß statistische Publikationen, die 6 bis 7 Jahre nach der betreffenden Erhebung veröffentlicht werden, für alle praktischen und verwaltungsmäßigen Zwecke vollkommen wertlos sind. Wie es öfters zu geschehen pflegt, ging es auch hier. Die socialdemokratischen Anträge werden zwar abgelehnt, aber ganz auf unfruchtbaren Boden fällt die Kritik doch nicht. In dem einen Jahre, das seither verfloßen ist, ist nicht nur die Wohnungszustandserhebung von 1895 zur Veröffentlichung gelangt, sondern in einem statistischen Heft liegt nunmehr auch vor: „Die Grundstücks-Aufnahme Ende Oktober 1900 sowie die Wohnungs- und Bevölkerungsaufnahme vom 1. Dezember 1900 in Berlin und 28 Nachbargemeinden, Abteilung I: Grundstücks- und Wohnungsaufnahme.“ In 15 Abteilungen, von denen einige wiederum in Unterabteilungen zerfallen, werden die Wohnungsverhältnisse in Berlin, Charlottenburg und den Berliner Vororten erfasst. Eine genauere Würdigung dieser Ergebnisse, sowie ein Vergleich der jetzt ermittelten Ziffern mit den Resultaten der Wohnungszustandserhebung von 1895 bleibt vorbehalten. Der erste flüchtige Blick in die Tabellen zeigt aber schon zur Genüge, daß die freisinnige Stadtverordneten-Majorität in der That allen Anlaß hat, die Errichtung eines städtischen Wohnungsamtes und die durch eine solche Behörde zu erfolgende fortdauernde Kontrolle der Wohnungsverhältnisse zu wünschen und zu hintertreiben, denn Seite auf Seite finden unsre Anklagen über die Größe des in Berlin herrschenden Wohnungswesens die vollste Bestätigung.

Abteilung XI klassifiziert die Wohnungen nach der Zahl der heizbaren Zimmer, kombiniert mit der Bewohnerzahl. Wir finden, daß nur aus einer Küche bestehende Wohnungen in Berlin 4086 vorhanden sind. Solche Küche bezw. „Wohnung“ beherbergte in einem Fall 12 Bewohner, in einem Fall 11 Bewohner, in 4 Fällen 9 Bewohner, in 7 Fällen 8 Bewohner, in 22 Fällen 7 Bewohner, in 55 Fällen 6 Bewohner, in 122 Fällen 5 Bewohner, in 250 4 Bewohner usw. „Wohnungen“, die „nur 1 unheizbares Zimmer o h n e Küche“ aufweisen, giebt es in Berlin noch immer 638. Solche Häuser, die ein Wohnungsinhaber als menschliche Behausung sofort sperren möchte, wurden in 1 Fall von 9 Bewohnern, in 5 Fällen von 7, in 6 Fällen von 6, in 18 Fällen von 5, in 30 Fällen von 4, in 52 Fällen von 3 Bewohnern usw. bewohnt. Ein heizbares Zimmer ohne jedes Nebengelass und ohne Küche mußte in nicht weniger als 32 812 Fällen als selbständige Wohnung benutzt werden und zwar in 1 Fall von 13, in 1 Fall von 12, in 4 Fällen von 11, in 3 Fällen von 10, in 10 Fällen von 9, in 54 Fällen von 8, in 107 Fällen von 7, in 285 Fällen von 6, in 670 Fällen von 5, in 1584 von 4 Personen usw. „Nur unheizbare Zimmer mit oder ohne Küche“ waren als selbständige Wohnungen 1761mal vorhanden. Es wurde eine solche Wohnung bewohnt in 1 Fall von 13, in 1 Fall von 12, in 1 Fall von 11, 4 Fällen von 10, 15 Fällen von 9, 31 Fällen von 8, 52 Fällen von 7, 108 Fällen von 6, 206 Fällen von 5, 273 Fällen von 4 Bewohnern usw.

Es sei hier auf den Ausspruch des Professors Bücher, des bekannten Leipziger Nationalökonomens, hingewiesen. Professor Bücher führt in seiner Schrift: „Ueber die wirtschaftlichen Aufgaben der modernen Stadtgemeinde“ aus:

„Man muß glaube ich, endlich einmal aufhören, das Geschäft der Vermietung in unsren Städten zu betrachten, wie jedes andre Geschäft. Denn der Vermieter bestimmt über die ganze sittliche Existenz derjenigen, an die er vermietet, durch das, was er ihnen bietet, und wenn es erlaubt ist, etwa Wohnungen ohne Küche an ganze Familien zu vermieten, so ist doch damit eigentlich schon gesagt, daß hier eine Familienexistenz, die schließlich in der Küche ihren Mittelpunkt hat, unmöglich gemacht wird. Ein Hausbesitzer, der eine derartig für ihren Zweck unbrauchbare oder durch Feuchtigkeit, Mangel an Luft und Licht gesundheitschädliche Wohnung vermietet, ist meines Erachtens genau so strafbar, wie der Verkäufer unreifen Obstes oder veräufelter Butter.“

Wohnungen, bestehend aus „einem heizbaren Zimmer mit oder ohne Nebengelass oder Küche“ waren 197 394 vorhanden. Schon diese wenigen Zahlen zeigen mit nicht zu widerlegender Bestimmtheit, daß ein riesiger Prozentsatz der Berliner Bevölkerung in Wohnungen zu leben gezwungen ist, die den elementarsten Anforderungen, die an menschliche Behausungen gestellt werden müssen, geradezu Hohn sprechen.

Blättern wir weiter, so finden wir, daß die oben angeführten Wohnungen nicht etwa nur von Gliedern ein und derselben Familie geteilt werden.

Tabelle XII enthält von neuem die bekannte und nicht genug zu verdamnende Thatsache, daß selbst in solche nach jeder Richtung hin unzulängliche Wohnungen Einmieter und Schlafleute aufgenommen werden, weil eben sonst die für diese Wohnungen verlangte Miete nicht aufgebracht werden kann. Wir finden in nur aus Küche be-

siehenden Wohnungen in 33 Fällen Einmieter, in 167 Fällen Schlafleute. Ein „Wohnung“ ohne heizbare Zimmer und ohne Küche wurde neben den Familienmitgliedern in 6 Fällen von Einmietern, in 26 Fällen von Schlafleuten geteilt. In Wohnungen bestehend aus 1 heizbaren Zimmer o h n e jedes Nebengelass und o h n e Küche wurden gar in 274 Fällen Einmieter, in 1758 Fällen Schlafleute, in 5 Fällen Einmieter und Schlafleute gezählt. In Wohnungen, die 2 Wohnräume haben, wobei unter „Wohnraum“ ein heizbares oder ein unheizbares Zimmer oder Küche verstanden wird, in Wohnungen also, die auch den geringsten Anforderungen an eine Familienbehauung noch nicht entsprechen, sind in 3207 Fällen Einmieter, in 25 307 Fällen Schlafleute und in 127 Fällen Einmieter und Schlafleute gezählt.

Tabelle XIII zeigt die Haushaltungen nach der Zusammenfassung des engeren Familienkreises erstens kombiniert mit der Zahl der Wohnräume, zweitens kombiniert mit den 32 Haushaltsklassen.

Tabelle XIV ist eine der interessantesten von allen. In ihr werden die Haushaltungen mit unter 15jährigen Kindern nach der Zahl und die Haushaltungen mit Schlafleuten nach Zahl und Geschlecht aufgeführt. In Wohnungen bestehend aus nur einem Raum, sei dies ein heizbares oder unheizbares Zimmer oder Küche, sind in 1855 Fällen neben den Kindern bis zu 10 Schlafleuten aufgenommen, darunter in 48 Fällen Schlafleute beiderlei Geschlechts. Wohnungen, die zwei Räume aufweisen, haben neben den Kindern in 25 435 Fällen Schlafleute gleichfalls bis zu 10, darunter in 874 Fällen solche beiderlei Geschlechts. Wohnungen mit drei Räumen weisen neben den Kindern in 28 726 Fällen bis zu 13 Schlafleuten, und gar in 1588 Fällen Schlafleute beiderlei Geschlechts auf. Im ganzen sind 61 705 Haushaltungen mit Schlafleuten gezählt und die Zahl der männlichen Schlafleute ist auf 72 011, die der weiblichen auf 26 781 ermittelt.

Angesichts dieser Ziffern, die ein geradezu grauenhaftes Bild des Wohnungswesens des Berliner Proletariats enthalten, wagen es die Grundbesitzer-Organen noch immer, alle Bestrebungen, die auf Linderung dieses Elends hincielen, wie sie auch geartet sein mögen, zu verhöhnen und zu verhöhnen. Allen voran ist hierin die „Allg. Haus- und Grundbesitzer-Zeitung“, mit der wir uns schon öfters zu befassen hatten. In den Vororten liegen die Wohnungsverhältnisse, wenn an sich auch traurig genug, so doch in mancher Hinsicht nicht ganz so schlimm wie in Berlin. Es ist daher nur zu begreiflich, daß, wer nach der Art seiner Thätigkeit dazu in der Lage ist, verfährt, in den Vororten eine billigere und bessere Wohnung zu bekommen, als dies in Berlin möglich ist. Den Berliner Hausbesitzer ist diese Flucht aus Berlin natürlich von jeder ein Dorn im Auge gewesen. Die Abwanderung der Arbeiter und kleinen Leute nach den Vororten ist statistisch nicht leicht zu erfassen. Leicht zu ermitteln ist dagegen die Abwanderung der städtischen Beamten, und so finden wir in der letzten Nummer des genannten Organes wiederum eine Denunziation der auswärts wohnenden Kommunalbeamten, die nach einzelnen Kategorien aufgeführt werden. „Die Berliner Hausbesitzer erleiden durch das Auswärtswohnen dieser Beamten bei einem Durchschnittssatz von 450 Mk. Jahresmiete einen Miete-Ausfall von nahezu 650 000 Mk.“, so klagt das Blatt und fährt dann fort: „Erleichtert wird diese Scheidung zwischen Wohn- und Arbeitsstätte durch jede Verbesserung der Verkehrsverbindungen, und auch nach dieser Richtung ist Bedenkliches im Gange. So hat die Berliner Stadtverwaltung belanunlich den Beschluß gefaßt, neben dem schon bestehenden Straßenbahnhof der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft ein neues selbständiges städtisches Bahnhofsgebäude zu bauen, das sich namentlich derjenigen zumieft in den Außenstadtteilen liegenden Straßen annehmen soll, an die die Privatgesellschaften nicht heranwollen. . . Ein Hauptgesichtspunkt ist dabei wieder die Linderung der angeblichen Wohnungsnot. Der großstädtische Haus- und Grundbesitz wird gut thun, auf diese ganze Bewegung ein scharfes Auge zu haben.“

Diese Stimmungsmache gegen die im Schoße der Verkehrsdeputation jetzt zur Veratung stehenden Projekte, zu denen sich diese Verwaltung nur durch den Zwang der Verhältnisse und die trübsten Erfahrungen verstanden hat, wird in den Kreisen der Berliner Haus- und Grundbesitzer ihre Wirkung kaum verfehlen. Rückständig auf allen Gebieten, gleich ihren Vorkern von der Landwirtschaf unerfährlich in ihrer Habgier, stemmen unsre Hausagrarier sich jedem Fortschritt entgegen, und erst wenn es gelungen sein wird, ihre Herrschaft in der Kommunalverwaltung zu brechen, wird die Bahn frei werden für Einrichtungen und Verbesserungen, die im Interesse der unbemittelten Bevölkerung liegen.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. November.

„Da gehen sie wieder mogern“

riefen unsre Genossen den Herren Gröber und Spahn am Mittwoch zu, als diese mit geschwollenen Altemappen bewaffnet durch die Thür verschwanden, die zu den Zimmern des Reichstags und des Bundesrats führt. Der höfliche Herr Spahn bedankte sich durch eine Verbeugung für den Jurat, der die Situation charakterisiert, als sei ihm damit eine Ovation bereitet. Er konnte diese Ehreung auch nicht gut ablehnen, denn die Mogerei des Centrums mit der Regierung hat nun alle Heimlichkeit abgestreift, und der Zwischeneuf stellte nur fest, was bei der Verhandlung über den § 12 des Zolltarif-Gesetzes offensichtlich geworden war. Das Centrum hat den Vertrag mit dem Grafen Bülow bereits in der Tasche und erfüllt die Friedensbedingungen. Es nimmt allen unbequemen Kommissionsbeschlüssen entweder ihre unmittelbare praktische Bedeutung oder beseitigt sie ganz und gar, wenn die Regierung sie für un-

annehmbar erklärt. Beim § 12 kam diese Taktik allerdings den Interessen all derjenigen entgegen, die nicht den Zollkrieg, sondern Handelsverträge wollen, also auch unsren. Es handelte sich bei diesem letzten Paragraphen des Zolltarif-Gesetzes um die Frage des Inkrafttretens des Gesetzes. Die Kommission hatte dem Drängen der Agrarier nachgegeben und durch die Einfügung eines bestimmten Termins, des 1. Januar 1905, der Regierung bei den Handelsvertrags-Verhandlungen die Hände gebunden. Graf Limburg-Sturum erklärte heute offen, daß der Zustand der Vertraglosigkeit, wo der autonome Zolltarif Geltung erhält, den Konservativen an genehmer sei, als in ihrem Sinne schlechte Handelsverträge. Er meinte, daß die bestehenden Handelsverträge aufs schärfste bekämpft und sobald als möglich aus der Welt geschafft werden sollten. Das Verhalten des konservativen Führers bewies, daß die Herren sich noch eine Zeitlang sperren werden, bevor sie mit dem Grafen Bülow sich vertragen. So hoffen sie noch mehr für sich herauszuschlagen. In dieser Taktik, die zum Geschäft gehört, ist die konservative Reaktion einig. Ihre nächsten Nachbarn aber, die Freikonserwativen, sind zweifelhaft, was sie thun sollen. Die eine Gruppe um Herrn v. Kardorff herum folgt dem Centrum, während die andre mit Herrn Wrenzl an der Spitze die konservative Masse der Unverhältnißlichen verbindet. Der Gegensatz zwischen den beiden Gruppen kam in einem heftigen Privatanzug, der während der Debatte vor sich ging, zum Ausdruck. Herr v. Kardorff, der sich zum Wort gemeldet hatte, um für die vor den National-liberalen beantragten Wiederherstellung der ursprünglichen Regierungsvorlage zu sprechen, mußte aufs Wort verzichten.

Von unsrer Seite lag ein prinzipieller Antrag vor, über das Inkrafttreten des Zolltarifs ein besonderes Gesetz entscheiden zu lassen. **St a d t h a g e n**, der für unsre Fraktion sprach, bezeichnete als Sinn dieses Antrages, daß den Wählern auf diesem Wege die Gelegenheit geboten werden solle, die Entscheidung über den Zolltarif nachzuprüfen und bei der Wahl des nächsten Reichstags das letzte Wort über das Schicksal des Wuchertarifs zu sprechen. Dieser Antrag wurde mit 46 gegen 290 Stimmen abgelehnt. Für den nationalliberalen Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage stimmten auch wir, so daß er mit der städtischen Mehrheit von 199 gegen 76 Stimmen zur Annahme gelangte.

Vorangegangen war die Veratung des von uns beantragten § 11: Aufhebung der Getreidezölle bei der Verreichung eines Preismaximums. Wir hatten in diesem Antrag, den Wollensbuh und Stadthagen verteidigten, einen Gedanken aufgenommen, den Graf Kanitz und seine Anhänger seiner Zeit ausgesprochen hatten. Sie hatten sich gegen die Tendenz gewehrt, als verlangten sie die Schutzzölle, um die Preise für Getreide ins Ungemessene zu erhöhen, und hatten selber die von uns über-nommene Preisobergrenze der nach ihrer Ansicht noch zu-lässigen Preise gezogen. Die Probe, ob die Herren ihren eignen Ansichten treu bleiben würden, fiel natürlich negativ aus. Die Mehrheitsparteien blieben auch diesem Antrage gegenüber hartnäckig in ihrer Locksüßigkeit. Nur Herr Dr. Müller-Sagan von der freisinnigen Volkspartei nahm mit einigen Bemerkungen an der Debatte teil. Er erklärte den Antrag seiner Tendenz nach für sympathisch, schloß aber daraus, daß er zunächst abgelehnt werden möchte. **S t a d t h a g e n** leuchtete dieser freisinnigen Logik gründlich heim und benutzte dabei auch die Gelegenheit, die Flucht der Mehrheitsparteien aus der Deffentlichkeit zu geißeln. Unser Antrag wurde mit 192 gegen 41 Stimmen abgelehnt.

Nachdem noch Einleitung und Uebersicht des Zolltarif-Gesetzes erledigt waren, kam man zu den Petitionen. Beim Referat des Herrn Speck zeigte sich, daß unsre erzieherische Thätigkeit nicht ganz ohne Erfolg geblieben ist. Er berichtete mit ziemlicher Gründlichkeit über die zum Zolltarifgesetz eingelaufenen Petitionen. Es ist ein mit der bisherigen Praxis verbundener Nebelstand, daß die Petitionen beim Schluß der zweiten Lesung summarisch be-ratet werden und daß ihr Inhalt auf die Entscheidung den allergeringsten Einfluß ausübt. Ueber die Frage, ob es sich nicht bei dem komplizierten Zolltarif empfehle, eine andre Methode einzuschlagen und die Petitionen, wie in der Kommission, sofort bei Beginn der Veratung über jede einzelne Position mit zur Verhandlung zu bringen, entspann sich eine sehr lebhafte Geschäftsordnungs-Debatte, an der sich von unsrer Seite Singer und Stadthagen beteiligten. Sie vertraten ebenso wie die Redner der freisinnigen Vereinigung den Grundsatz, daß die Referenten vor Eintritt in die Veratung auch Bericht über die Petitionen zu erstatten hätten. Herr Wagem, der in letzter Zeit vom parlamentarischen Unglück verfolgt wird, blamierte sich nach Kräften. Er sprach das geflügelte Wort aus: daß auf-große Gründlichkeit der Tod jedes Erfolges wäre und behauptete, daß die Rücksicht auf das Petitionsrecht des Volkes für die Opposition nur ein Mittel sei, um Obstruktion zu treiben. Er wurde so gründlich zugebeißt, daß er schließlich nicht einmal mehr den Mut zu einer Widerwiderung fand, sondern unter sämmtlicher Heiterkeit der Rinken aufs Wort verzichtete.

Am Donnerstag beginnt die Sitzung erst um 2 Uhr. Die Herren vom Centrum, auf deren Wunsch die Sitzung so spät beginnt, brauchen offenbar Zeit für ihre Rangierkünste. Sie sind sich wohl noch nicht klar darüber, ob sie den eigentlichen Tarif vom Gesetz abhängen oder seine Positionen in eine kleine Anzahl Gruppen zusammenfassen wollen, um die Erledigung der ganzen Vorlage doch noch durchzuführen.

Krupp.

Das „grünblau Krupp“ hat am Mittwoch in Essen unter dem Pomp . . . landen, den man im modernen Deutschland allen Persönlichkeiten zu teil werden laßt, die, wenn auch nur dem Namen nach, etwas im Militarismus und Marinismus bedeutet haben.

Großen des Geistes, wie etwa Lehtin Birchov, wird mit Recht dieser Todesaufwand erpart.

Auf dem Trauerzug für Krupp nahmen im wesentlichen die Angehörigen der Firma teil. Auch der Kaiser, sowie die Minister Tirpitz, Goltz, Rheinbaben und Budde waren anwesend. Dagegen war von den politischen Parteifreunden Krupp, den Reichsparteilern, niemand erschienen. Man berief sich auf die parlamentarische Geschäftsfrage, um die Unabkömmlichkeit zu entschuldigen. Es giebt doch aber auch Freikonservative im Abgeordnetenhaus, die mit den Vollmöglichen nicht beschäftigt sind, abgesehen davon, daß die Pietät über das Geschäft gehen sollte. Auch vom Herrenhaus, dem Krupp als Mitglied angehört, war am Abend keine Vertretung da.

Ueber die Reden berichtet der amtliche Telegraph ziemlich behutsam. Aus der Ansprache des Superintendenten wird mitgeteilt:

Bei Krupp sei das Erbteil des guten Namens in guten Händen gewesen, und darum sei es allen unerträglich gewesen, daß dieser Name von Vossheit und Lüge angefaßt werden konnte. Wohlthuend hätten alle den hochherzigen Entschluß des Kaisers empfunden, der Beisetzung beizuwohnen, denn in wahrhaft christlicher Gesinnung sei Friedrich Alfred Krupp aus dem Leben geschieden; nach dem Wunsch an seine Lieben seien seine letzten Worte gewesen: „Ich scheide ohne Groll und ohne Bitterkeit, ich scheide in Frieden mit allen Menschen, auch mit denen, die mir das schlimmste angethan haben.“

Hierauf sprach der Vorsitzende des Directoriums Landrat a. D. Nötiger: Krupp hätte es verstanden, den Mitarbeitern, die er sich erwählt, freien Willen zur Entwicklung ihrer individuellen Selbstständigkeit zu lassen. Es sei eine Schande für Deutschland, daß sich Deutsche hätten finden können, die gemeine Erschuldigungen von Ausländern weiter getragen hätten.

Der Kaiser zog den Superintendenten Klingemann ins Gespräch und gab, wie Wolff meldet, der Hoffnung Ausdruck, daß die von Krupp geschaffenen Wohlfahrtseinrichtungen bestehen bleiben.

Höflicher telegraphieren die Sonder-Kruppianer Scherls. Danach soll der Geistliche gesagt haben: Der schönste Beweis aber, daß an den furchtbaren Schmachungen kein wahres Wort ist, sei das Erscheinen unsres allergnädigsten Kaisers Wilhelm II., der es sich nicht habe nehmen lassen, dem treuen Freunde und warmen Patrioten die letzte Ehre zu erweisen.

Und der Landrat a. D. Nötiger habe sich in „marxigen Worten“ gegen die vaterlandslosen Gefellen gewandt, „welche die Ehre des Toten in so verkehrter Weise in den Kot getreten hätten“. Diese Worte hätten bei allen Anwesenden und auch beim Kaiser volle Zustimmung gefunden.

Endlich berichtet Scherl noch, der Kaiser habe zu dem Geistlichen „seinen Unwillen über die Vorfälle der letzten Zeit und die Verdächtigungen Krupps von socialdemokratischer Seite“ ausgesprochen und gesagt, „er hoffe, daß die Arbeiter solche Elemente von sich abschneiden würden“.

Wir können nur wiederholen, daß wir uns nicht berufen fühlen, den Monarchismus zu schämen. Sonst würden wir es sicher vermeiden, irgend welche Folgerungen aus der ganz natürlichen Anwesenheit des Kaisers zu ziehen. Wilhelm II. war mit Krupp durch ein enges Freundschaftsverhältnis verbunden, und so ist es durchaus selbstverständlich, daß er unter allen Umständen dem toten Freunde die letzte Ehre erwies. Es ist die schönste Pflicht der Freundschaft, gerade im Unglück und unter schwerem Verhängnis Treue zu halten. Die Kruppianer-Presse, dünkt uns, beleidigt das gute menschliche Gefühl, wenn sie selbst seine einfache Betsühnung für ihre niedrigen Kapitalinteressen auszubeuten bemüht ist.

Die Berichterstattung der Kruppianer leidet an einer merkwürdigen widerspruchsvollen Verwirrung. Während die Organe der Scharfmacher von „intellektuellem Totschlag“, „Muschelmord“ — gemeint ist der „Vorwärts“ — reden, teilt die gesinnungsvertorrende „Ragdeburger Zeitung“ mit: „Schon im Laufe des Freitags hatte sich Geheimrat Krupp unpäßig gefühlt, diesem Unwohlsein jedoch, obgleich er im Laufe der letzten Jahre schon wiederholt in Italien und in Berlin von schweren Schmachtsanfällen heimgeführt worden war, und obgleich schon längst ihm befreundete ärztliche Ratgeber einen Tod durch Schlagfluß in Aussicht gestellt hatten, keine ernste Bedeutung beigelegt, sondern noch abends in Billa Hägel in besser Laune mit seinen beiden Töchtern gespeist.“ — In „bester Laune“ am Abend vor seinem Tode! Wie stimmt das mit den gegen uns erhobenen Vorwürfen? Wir empfehlen der Lügen-Camorra eine bessere Organisation.

**Vom Krankenbett der Volkspartei.** Die „Freisinnige Zeitung“ fiebert heute das Folgende:

„D, diese dummen Kerle“ — so äußerten sich, allerdings in tabuliert unparlamentarischer Weise, am Mittwoch Vertreter aus verschiedenen Richtungen der Mehrheitsparteien in den Wandelhallen des Reichstags, als die Socialdemokraten einen Danerredner nach dem andern vordrängten, um durch Obstruktion den Fortgang der Verhandlungen über das Tarifgesetz aufzuhalten. „D, diese dummen Kerle, ahnen sie denn gar nicht, daß im gegenwärtigen Stadium der Verhandlung der Mehrheit es sehr unerwünscht wäre, in die Verhandlung über den Tarif selbst einzutreten, bevor die Kompromißverhandlungen mit der Regierung zum Abschluß gekommen und man sich auch über die geschäftliche Behandlung des Tarifs geeinigt hat?“

Allerdings wird eine blödsinnige Obstruktion in der abstoßendsten Form angewandt gerade zu einer Zeit, wo in den Mehrheitsparteien nach dem Zeugnis ihrer Presse immer lauter die Forderung hervortritt, alle Unterschiede über die Normierung der Pollsätze zurücktreten zu lassen vor dem Gesichtspunkt der Niederhaltung der Socialdemokratie im Interesse des Ansehens des Reichstags und der Autorität des Parlamentarismus.

Der Zustand der Volkspartei ist wirklich bedauerlich. Wird es ihren verirrten Vorstand aufhellen, wenn wir ihr das große Geheimnis verraten, daß doch auch die Mehrheitsparteien in ihrer Eitelkeit die Mittel haben, die Verhandlungen so lange wie sie wollen aufzuhalten, wenn sie den Fortgang vor der „Verständigung“ nicht wünschen? Die kranke Volkspartei steht vor ihrer nervösen Sorge um die Vollmehrheit deren Lage wirklich zu verzweifeln an: die Herren Spahn und Ranig wissen sich auf ohne Eugen Richter zu helfen! Tröstlich ist es, daß die „Freisinnige Zeitung“ trotz des vorgeschrittenen Stadiums ihres Leidens immer noch bis sieben zählen kann. Unter so viel richtig folgenden Rummern beschäftigt sie nämlich das ihr gestern auszugeweihte von uns vorgehaltene Ständeregister.

**Sehr richtig!** Das Scherlblatt teilt als „Neuestes“ mit: Die Socialdemokraten haben die weitere Obstruktion gegen die Durchberatung des Polltarif-Gesetzes aufgegeben. Stimmt! Wir können noch einige weitere Mitteilungen der Art dem Blatte kostenfrei zur Verfügung stellen: Die Socialdemokraten haben es aufgegeben, weiterhin die Politik des „Voll-Anzeigers“ zu unterstützen; sie haben es aufgegeben, weiterhin für Thron und Altar einzutreten; sie haben es aufgegeben, Wucherzölle zu fordern usw.

Da die Socialdemokratie niemals Obstruktion getrieben hat, wird es ihr natürlich sehr leicht, auf sie zu verzichten. Dagegen können wir dem Blatt versichern: Daß der Wucherzölle zu Schanden wird, dafür werden wir noch wie vor mit allen Kräften eintreten.

**Der geistige Führer der Scharfmacher.** Wie uns mitgeteilt wird, ist der Agitator der freisinnigen Volkspartei nicht nur der Verfasser der 8 1/2 Millionen - Schrift des hochfeudal - industriell - agrarisch - börsenmäßigen Socialistenmord-Artikels, sondern auch der läppischen, die Socialdemokratie plump verachtenden Broschüren, die unter dem Namen „Fischart jun.“ erschienen sind.

Die „Freisinnige Zeitung“ schüttelt nun allerdings ihren Heinrich Kränkel ab. Er sei jetzt nicht mehr ihr Agitator. Nun, vor kurzem war er's noch. Und außerdem hat er doch nur geschmiert, was er in Eugen Richters Schule gelernt. Warum verleugnet der Meister also den Schüler? —

#### Falsche Abstimmungen.

Die laxen Nichtbähler, so schreibt eine parlamentarische Korrespondenz, bewährt sich durchaus nicht in der Praxis. Wie unschwer vorauszusehen war, laufen den Schriftführern bei der Zählung der Karten und bei der Abdienung der Stimmen große Irrtümer mit unter. Der Präsident ist nie in der Lage, ein genaues Stimmenergebnis zu publizieren. Am auffälligsten trat diese Erscheinung in der Dienstag-Sitzung hervor. Vier namentliche Abstimmungen über die socialdemokratischen Verwendungsanträge waren vorzunehmen und in sämtlichen vier Fällen war das vom Präsidenten mitgeteilte Abstimmungsergebnis, so wie es in allen Parlamentsberichten angegeben ist, ein andres als das schließlich ermittelte und in der schriftlichen Abstimmungsliste publizierte Ergebnis. Es handelt sich dabei um ganz bedeutende Zahlendifferenzen. Bei der ersten Abstimmung haben nicht, wie der Präsident angab, 59, sondern nur 34 Abgeordnete mit „ja“ gestimmt und nicht 5, sondern nur 3 sich der Stimme enthalten. Bei der zweiten Abstimmung (Salzsteuer-Antrag) haben nicht 190, wie der Präsident angab, sondern 188 Abgeordnete mit „nein“ gestimmt; die übrigen Angaben stimmten. Um so größer ist die Differenz bei der dritten Abstimmung: der socialdemokratische Jüderantrag ist mit 193 gegen 63 Stimmen bei 3 Stimm-enthaltungen abgelehnt worden. Der Präsident aber hatte verkündet, daß 158 Stimmen mit „nein“, 99 Stimmen mit „ja“ abgegeben wären und drei Abgeordnete sich der Stimme enthalten hätten. Schließlich hat man sich auch bei der vierten Abstimmung, da allerdings nur um eine Stimme, verzählt. Hier stimmten nicht 203, sondern 202 Abgeordnete gegen den socialdemokratischen Antrag auf Beseitigung der Brandweinsteuer.

Alle diese Irrtümer lassen sich nur aus der Hast herleiten, mit der die Ermittlung des Abstimmungsergebnisses betrieben wird. Sie können höchst unangenehme Folgen haben, sobald es sich um die Ermittlung einer zweifelhaften Mehrheit, die an wenigen Stimmen hängt, handelt. Bei der alten Abstimmungsmethode war eine viel bessere Kontrolle möglich. Hier konnte jeder Abgeordnete, wenn er wollte, die öffentliche Stimmabgabe verfolgen und das Ergebnis privatim ermitteln. Außerdem führten zwei Schriftführer die Abstimmungslisten und ermittelten jeder für sich das Ergebnis. Jetzt aber zählen die vier Schriftführer, die die Abstimmungsarten einsammeln, den Inhalt ihrer Urnen. Das Resultat wird dann zusammengestellt.

Es geht daraus hervor, daß die Nichtbähler eine wahre Skarlatine eines ordnungsmäßigen Abstimmungssystems geschaffen hat. Es kann jetzt vorkommen, daß ein beschlußfähiges Haus ruhig weiter verhandelt, weil ein Schriftführer sich verzählt hat. Man wird also dieses Gelegenheitsgesetz wieder beseitigen oder wenigstens scharfe Kontrollmaßregeln einführen müssen.

#### Die Kommission für Kinderschutz.

nahm am Mittwoch um 10 Uhr ihre Sitzungen wieder auf, um sie um 11 Uhr schon wieder zu schließen, da den Agramern die Beschäftigung mit dem Jollkompromiß wichtiger war. Beschlossen wurde, nachdem ein Vorschlag Wurns, Abendstunden abzuhalten, abgelehnt war, daß erst nächsten Dienstagvormittag wieder Sitzung stattfinden soll, da bis dahin die Agrarer durch Fraktionshörungen verhindert sind, an den Beratungen der Kommission teilzunehmen.

Der Vorstand der deutschen Lehrerverammlung in Chemnitz hat am 13. d. M. eine Petition eingereicht, die der dringend ersucht wird, amtliche Erhebungen über die landwirtschaftliche Kinderarbeit anzustellen. Es heißt dann weiter:

1. Grundständig die Erwerbstätigkeit schulpflichtiger Kinder verwerfend, wünscht die Lehrerverammlung für die Uebergangszeit:
2. das Verbot jeder erwerbsmäßigen Beschäftigung der Kinder vor vollendetem 12. Lebensjahre;
3. das Verbot der Arbeit für ältere Kinder vor Beginn des Unterrichts, nach 6 bzw. 7 Uhr abends und an Sonntagen, sowie der Accordarbeit und Doppelbeschäftigung;
4. kurze Arbeitszeiten, auch in den Ferien, gänzliches Verbot für bestimmte Betriebe, staatliche Aufsicht;
5. baldige Ausdehnung der Bestimmungen auf die Beschäftigung in der Landwirtschaft und in häuslichen Diensten.

Die deutsche Lehrerverammlung bittet ferner, die Lehrerschaft durch Mitwirkung bei der Ausstellung der Arbeitskarte und bei der Kontrolle an der Ausführung des Gesetzes zu beteiligen.

Zum § 1 (Ausdehnung des Gesetzes) hatten unsere Genossen beantragt, Landwirtschaft und Gesindedienst mit hineinzubeziehen oder eventuell, falls dies abgelehnt wird, in die bei der ersten Lesung beschlossene Resolution, durch die der Reichskanzler aufgefordert wird, Erhebungen über die Beschäftigung von Kindern in der Landwirtschaft anzustellen, noch hinzuzufügen: im Gesindedienst. Wurn und Reichhaus begründeten diese Forderung. Letzterer wies dabei besonders auf die unhaltbare Lage der Gärtner hin, die bald als landwirtschaftlich, bald als gewerblich thätig erklärt werden; die Gärtner-Arbeit sei für Kinder durchaus gesundheitsförderlich und mindestens einzuschränken, zum Teil zu verbieten. Ministerialdirektor Casper giebt zu, daß die Arbeit in Treibhäusern für Kinder gesundheits-schädlich sein kann; der Bundesrat sei ja aber in der Lage, für gewerbliche Gärtnerarbeiten auf Grund des § 4 diese Arbeit für Kinder zu verbieten. Gegen die Einbeziehung des Gesindedienstes und der Landwirtschaft in den § 1 erklärten sich sämtliche Redner; der Antrag unserer Genossen wird auch gegen drei Stimmen abgelehnt, dagegen ein Antrag Eiche (natl.) angenommen, der anstatt Gesindedienst besagt: „in Haushalten (Küche, Kinderspiele u. dgl.).“

§ 3 beantragen unsere Genossen zu streichen und damit den Unterschied, den die Schutzgesetzgebung zwischen eignen und fremden Kindern macht, zu Gunsten der eignen Kinder zu beseitigen. Wurn weist auf die Reichsliste des deutschen Handelsstaates hin, der in gleichem Sinne sich geäußert hat, nachdem aus dem Sonneberger Bezirk bekannt geworden war, daß von den dort 5106 beschäftigten Kindern nur 202 in fremden Betrieben arbeiten. Der Antrag unserer Genossen wird gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Nächste Sitzung Dienstagvormittag 9 Uhr.

#### Die elektrisch betriebenen Webstühle im Schwarzwald.

Während der ersten Lesung der Kommission zur Vorbereitung des Gesetzesentwurfes betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben hat, wie wir bereits berichteten, der badische Regierungsbekreter Herr v. Jagemann beauftragt, daß für die Werkstätten mit durch elementarer Kraft bewegten Triebwerken der Bundesrat Ausnahmen von dem Verbote der Beschäftigung von Kindern unter zehn Jahren gestatten kann und zwar soll dies der Hausweberei im badischen Schwarz- und Hohentwale zu gute kommen. Dort steht jetzt überall die Einführung der elektrischen Kraft bevor. Als Auskunftsperson hatte die badische Regierung den Obermeister Went aus Säckingen während einer Sitzung der Kommission nach Berlin kommen lassen. Der Obermeister Went ist Angestellter der Wandfabrik Walli in Säckingen und wegen seiner

„Auffehmatur“ in Arbeiterkreisen nicht gerade sehr beliebt, vielmehr vermuten sie, daß er der Hauptschuldige an den dortigen Hungerlöhnen sei. Herr Went stand in der Kommission auf Befragen, daß es Hausweberei im Hohentwale giebt, die 2—2,50 M. pro Tag mehrere Mal im Jahre verdienen. Was dies schon aus dem Munde eines Gewährsmannes der Regierung ein volles Zeugnis für unsere Behauptung, daß in der Hausweberei nur elende Hungerlöhne gezahlt werden, so waren die von ihm angegebenen Löhne doch noch stark übertrieben! Bei einer 14—18stündigen Arbeitszeit in dortiger Gegend herrschen tieftraurige Verhältnisse; Frau und Kinder müssen schwer mitarbeiten. Die Beforgung des Webstuhles und der Spulmaschine erfordert zwei Personen. Für ein Quantum Ware, welches bei der 14—18stündigen Arbeitszeit in circa vier Wochen fertiggestellt wird, wird 32, 40 bis 48 Mark gezahlt. Von diesem „Verdienst“ gehen aber noch ab die Ausgaben für Beleuchtung, Heizung, Expedition der Ware, Winderlohn und — wenn erst einmal die elektrische Kraft zur Anwendung gelangt — noch 70 bis 80 M. pro Jahr für das Abonnement für Kraft und Licht. Dafür, daß die Säckinger und Säckinger Webstühle die Einrichtungen zur elektrischen Kraftanwendung auf „ihre Kosten“ machen lassen, werden die Stühle mit sogenannten Doppelläufern hergestellt, d. h. Stühle, welche zwei Bänder aufeinander weben, mithin das doppelte Quantum wie bisher fertig stellen. Natürlich wird für das doppelte Quantum nur so viel bezahlt, wie bisher für das auf dem einfachen Handwebstuhl gelieferte. Abgesehen davon, daß durch diese gewaltige Mehrproduktion, die den Millionären die für die einmalige Einrichtung zum elektrischen Betriebe aufgewendeten Kosten vielfach wieder ersetzt, die Arbeitslosigkeit größer wird, ist aber auch die Gefahr der intensiveren Ausbeutung größer. Für das doppelt herzustellende Quantum Ware wird selbstverständlich das doppelte Quantum des gespulten Schußfadens gebraucht. Da bei den „Doppelläufern“ für das Quantum fertiger Ware aber nur noch die „Hälfte“ des bisherigen Lohnes gezahlt wird, muß mithin für denselben Lohn doppelt so viel „Schuß“ gespult werden. Dies geschieht zumeist von Kindern und wird von den Unternehmern als eine Wohlthat für die Familie gepriesen. Diese Wohlthat soll nur durch den neuen § 13a den Hauswebereim im badischen Schwarz- und Hohentwale erhalten bleiben, das heißt, aus der arbeiterfreundlichen Praxis in nützlicher Kapitalistenpraxis überlegt: daß dadurch den Unternehmern die Vergrößerung ihres Profits um so leichter gemacht wird! Nicht bei dem Obermeister der Kapitalisten, sondern bei einem Vertreter der ausgebeuteten Arbeiter sollte sich die Kommission Auskunft holen — das würde freilich nicht dem Geschmack der Herren Münch-Geber und anderer Zeitgrößen entsprechen.

#### Die „Beziehungen“ Rubinos zu den Anarchisten.

In der Nummer 23 des Berliner Anarchistenblattes „Neues Leben“ vom 17. Juni d. J. befand sich folgende englische Korrespondenz:

London, im Mai 1902. Wie auch in England von seiten einzelner Staaten zur Ueberwachung der Anarchisten Gelder verwendet werden, zeigt folgendes: In unserm, 55 Charlotte Street, Fitzroy Square, London W., befindlichen Klublokal, jetzt folgendes Lokal, in fünf Sprachen verfaßt, die Wände.

Achtung, Genossen! Die Genossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß dem Genaro Rubini di Vitento, 43 Jahre alt, der sich als Socialist und Anarchist bezeichnet, aber nie das Vertrauen der Genossen hatte, nachgewiesen wurde, daß er als Lockspiegel im Dienste des berüchtigten italienischen Polizei-Inspektors Prina steht, von dem er 3,10 M. pro Woche bezog, außer den „Extra“ bezug. Der Rubini wohnt gegenwärtig in Manor Park Esfer 174 Stanninghouse Avenue. Der Polizist Prina wohnt oder wohnte bis zuletzt in London, 509 Caledonian Ro, Holleah, unter dem Namen: Pietro Marcell, Buchhalter.

Das gefälschte Eingeständnis des Rubini und verschiedene Briefe des Prina werden samt der Photographie des Spiegels veröffentlicht werden.

#### Der neue hessische Landtag.

— der 32. — hat, wie uns aus Hessen vom 25. d. M. geschrieben wird, seine Thätigkeit am Montag begonnen und zwar mit der Konstituierung seines Bureaus. Die diesmalige Wahl des Präsidiums der Zweiten Kammer gewinnt dadurch an Bedeutung, daß zum erstenmal ein Socialdemokrat in das Bureau gewählt wurde und zwar war es Genosse Ulrich, der wie wir schon telegraphisch gemeldet, zum Schriftführer mit 86 Stimmen gewählt wurde. Nach Gotha ist Hessen wohl der zweite deutsche Staat, der in seinem Kammerpräsidium einen Socialdemokraten hat zum großen Leidwesen aller Scharfmacher. Und um das über Hessen heringebrochene Unglück voll zu machen, verläßt auch noch der Landesvater in kurzem das Land, um sich auf einige Monate das ferne Indien zu begeben. Ob das die Herren vom Schlage des Ledergranden v. Hensl mit Würde ertragen werden?

Die Wahl eines Socialdemokraten zum Kammer-Schriftführer wäre schon im verfloffenen Landtag erfolgt, wenn sich unsere Genossen darauf eingelassen hätten, etwaige Repräsentationsverpflichtungen dem Hofe gegenüber zu erfüllen. Damals erklärten unsere Genossen einfach, daß sie weiter keine Verpflichtungen übernehmen als diejenigen, welche nach der Verfassung und der Geschäftsordnung von ihnen verlangt werden könnten. Die Folge war, daß ein Socialdemokrat nicht gewählt wurde. Am Montag haben nun die bürgerlichen Parteien den Versuch, unsere Genossen nur unter gewissen Bedingungen einen Sitz im Präsidium zu überlassen, nicht wiederholt. Die Gleichberechtigung unserer Partei ist somit bedingungslos anerkannt worden. In übrigen blieb das Kammerpräsidium das alte: Haas (Darmstadt (natl.) erster, Schmitt-Rabitz (C.) zweiter und Reinhardt (Worms (natl.) dritter Präsident. Bei der an Dienstag vorgenommenen Wahl der Ausschüsse wurden von unseren Genossen gewählt in den Finanz-Ausschuß: Ulrich, in den Gefangenen-Ausschuß: Dr. David, in den Wahlprüfungs-Ausschuß: Cramer, in den Petitions-Ausschuß: Haas. Das Budget wird der Zweiten Kammer sofort zugehen. Eine kurze Tagung soll noch im Dezember stattfinden. Die Thronrede wird am Dienstagvormittag vom Großherzog im Residenzschloß gehalten.

Unsere Genossen haben gleich am ersten Tage ihrer neuen Parlements-thätigkeit der Zweiten Kammer verschiedene Anträge überreicht, von denen folgende erwähnt seien. Zunächst wurde sofort wieder das Ersuchen an die Regierung gerichtet, ein neues Wahlgesetz vorzulegen, das auf der Grundlage der allgemeinen Gleichheit, direkten und geheimen Wahl unter Berücksichtigung des Proportionalitätssystems geschaffen werden soll. Als neue Bestimmung kommt der Druck der Wählerlisten nach Bekanntgabe des Wahltermins hinzu. Ein gleichmäßigere und zeitgemäßere Einteilung der Wahlkreise soll durch die Bestimmung getroffen werden, daß auf 20 000 Seelen ein Abgeordneter zu wählen sei.

Ein anderer Antrag bezweckt die Schaffung einer Arbeitervertretung in einer Arbeiterkammer. Weiter verlangt ein Antrag eine bessere Ausgestaltung der Gewerbe-Inspektion durch Anstellung von Assistenten und Assistentinnen aus Arbeiterkreisen in allen Bezirken. Schließlich wird noch eine Revision der Steuergesetze dahingehend beantragt, daß die Stempelgebühren beseitigt und bei der Einkommen- und Vermögenssteuer höhere Progressionen verlangt werden.

#### Ausland.

##### Frankreich.

**Vom französischen Bergarbeiterstreik.** Zur Unterstützung der ausständigen Vergleute werden Basile und Lamendin am Freitag in der Kammer einen Kredit von 1 Million Franc fordern. Im Haute-Loire-Gebiet ist der Streik durch Abstimmung der Vergleute beendet; hier ist es gelungen, die Unternehmer zur Weiterzahlung einer 10prozentigen Prämie für das Jahr 1903 zu verpflichten. — Im Loire-Gebiet haben die beiden Vertrauensleute der Unternehmer und der Arbeiter, Cholot und Briand, ihre Funktionen dem dritten Schiedsrichter übertragen, da sie zu einer Einigung nicht gelangen konnten.

## Niederlande.

Don Boereuseite wird mitgeteilt, daß seit Beginn des südafrikanischen Krieges keine geheimen Gelder der Transvaal-Regierung nach Europa gefandt worden sind; es seien im Gegenteil noch bedeutende Summen aus dem in Europa angelegten Kapital während des Krieges nach Transvaal zurückgefandt worden.

## Italien.

Eine umfangreiche Amnestie ist seitens des Königs anlässlich der Geburt einer Prinzessin erlassen worden. Darin einbegriffen sind auch die politischen und militärischen Vergehen, Fahnenflucht, Duelle usw.

## England.

Arbeiter-Kandidaten für das Unterhaus. Die Gewerkschaft der englischen Maschinenbauer hat durch Urabstimmung 5 ihrer Mitglieder als Kandidaten für die nächsten Parlamentswahlen aufgestellt; unter denselben befindet sich George R. Barnes, der Generalsekretär der Maschinenbauer.

## Asien.

Eine holländische Schlappe im Atjehkrieg. Die „Frank. Bg.“ meldet aus dem Haag: Wie ein hiesiges Blatt aus Batavia meldet, haben die Holländer im Atjehkrieg eine bedeutende Schlappe erlitten. Lieutenant de Kol, der mit 45 Mann den Kadafus im Norden von Atjeh hinabfuhr, wurde beschossen. Die Part schlug um, und der Offizier sowie 20 Mann ertranken.

## Amerika.

Zum Cigarrenarbeiter-Streit in Havanna. Nach einem Telegramm aus Havanna ist der Streik der Cigarrenarbeiter nicht unterbrochen. Weitere Ausschreitungen sind nicht vorgekommen. Der Ausstand ist jedoch noch immer allgemein, soweit Handeltreibende daran beteiligt sind. Es bestehen aber Anzeichen, die auf das Aufheben des Ausstandes hindeuten. Mehrere Läden haben ihre Türen wieder geöffnet. Der Bürgermeister hat die Ausständigen aufgefordert, sich ruhig zu verhalten und in den Häusern zu bleiben. Bei den gestrigen Unruhen wurden 120 Personen verletzt. Der Ausschuss der Kriegsveteranen versucht, eine Einigung zu Stande zu bringen. Es verlautet, daß auch in Cienfuegos der Gesamtausstand erklärt sei.

Ein weiteres Telegramm aus Havanna meldet, daß die dortige Arbeiter-Organisation beschlossene habe, anzuordnen, daß die Ausständigen die Arbeit wieder aufnehmen sollen.

Schiedspruch im chilenisch-argentinischen Grenzstreit. Das „Neuerliche Bureau“ erfährt: Der am Dienstag gefällte Schiedspruch des Königs Eduard in dem chilenisch-argentinischen Grenzstreit stellt ein Kompromiß dar und gewährt keiner Partei das streitige Grenzgebiet. Von dem 94 000 Quadratkilometer großen Grenzgebiet erhält Chile 54 000 Quadratkilometer und Argentinien umgekehrt 40 000.

## Reichstag.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Kammererklärt

Abg. Speck (C.) den Bericht über die Petitionen zum Zolltarif-Gesetz. Er leitet seinen Bericht mit der Bemerkung ein, daß 16 854 Petitionen eingegangen seien. Man könne von ihm nicht verlangen, daß er über alle Petitionen einzeln berichte. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Doch! doch!) Er wolle nur die wichtigsten herausgreifen.

(Sturz nachdem der Berichterstatter sein Referat begonnen hat, verlassen die Abgg. Spahn (C.) und Gröber (C.) bepackt mit umfangreichen Aktenmappen, den Saal durch die auf der linken Seite nach den Bundesratsräumen führende Türe. Als sie die Treppe bei den Sozialdemokraten passieren, wird ihnen laut zugerufen: „Jetzt gehen sie wieder mogeln!“ (Große Heiterkeit.) Abg. Dr. Spahn macht, ironisch lächelnd, eine Verbeugung nach den Banken der Sozialdemokraten, was erneute Heiterkeit hervorruft.)

Abg. Gothein (fr. Bg.):

Wir haben alle Ursache, dem Herrn Referenten für sein überflüssiges Referat unsern Dank zu erstatten. (Bravo!) Allerdings ist es etwas sehr Unfruchtbares, daß über die Petitionen erst Bericht erstattet wird, nachdem unsere sämtlichen Beschlüsse gefaßt sind. (Sehr richtig! links.) Das bedeutet ein vollständiges Aufschreiben des Petitionsrechts. Vielmehr müßte über die Petitionen stets bei der Position, zu der sie gestellt sind und zwar vor Eintritt in die Beratung referiert werden, damit das Haus sie bei seiner Beschlussfassung berücksichtigen kann. Herr Wachem, der neulich ein so warmes Interesse für das Petitionsrecht des Volkes an den Tag setzte, hat heute während der Rede des Herrn Referenten eifrig Zeitungen studiert. Ich bitte den Herrn Präsidenten bei der Ansetzung der Tagesordnung für morgen, gleichfalls die gestellten Petitionen mit auf die Tagesordnung zu setzen.

Präs. Graf Ballestrem:

Ich bin lediglich dem konstanten Gebrauch des Hauses gefolgt, wonach nach der zweiten Beratung das Referat über die Petitionen erfolgt. Wenn die Petitionen einen Einfluß auf die Abstimmungen ausüben in der Lage sind, so kann das bei der dritten Beratung geschehen. Abgestimmt über die Petition wird nicht in der zweiten, sondern erst in der dritten Lesung. Diesem Gebrauch des Hauses werde ich auch fernertreu bleiben, bis ein anderweitiger Beschluß des Hauses mir einen andern Weg weist.

Abg. Dr. Barth (fr. Bg.):

Die bisher übliche Behandlung der Petitionen möchte bei leicht überflüssigen Gesetzen passabel erscheinen, beim Zolltarif-Gesetz ist sie im höchsten Grade unzumutbar. Wenn die Petitionen überhaupt einen Sinn haben sollen, müssen sie an einer Stelle beraten werden, wo sie möglichst weit auf die Beschlüsse des Hauses einwirken können. Diese Stelle ist der Beginn der zweiten Lesung. Falls auf die morgige Tagesordnung die zweite Lesung des Zolltarifs gestellt wird, werden wir einen entsprechenden Antrag stellen.

Abg. Gamp (Np.):

Für die Abgeordneten, die die regelmäßigen Petitionsverzeichnisse studiert haben, haben doch die Mitteilungen des Referenten nur einen sekundären Wert. Die Herren von der Linken behaupten nur, daß sie den Petitionen bisher nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt haben. (Große Lärm links.)

Abg. Dr. Wachem (C.):

Wenn man die Worte Dr. Barth's so hört, müßte's leidlich scheinen. (Heiterkeit.) Seine Ausführungen richten sich aber gegen eine dauernd bewährte Praxis. In der Gründlichkeit, die Dr. Barth will, wird sich nie ein größeres Gesetz verabschieden lassen. (Zustimmung rechts und im Centrum.) Allzu große Gründlichkeit ist der Tod jedes Erfolges. Draußen im Lande wird das Verlangen Dr. Barth's als ein Obstruktionsmittel aufgefaßt werden. (Große Lärm links. Beifall rechts und im Centrum.)

Abg. Singer (Soc.):

Herr Wachem sagte: Allzu große Gründlichkeit ist der Tod jedes guten Erfolges. Jawohl, die Herren fürchten, bei einer gründlichen Beratung des Zolltarifs um ihren Erfolg zu kommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie wollen ja überhaupt keine Gründe beim Zolltarif mehr hören, im Gegenteil sie fürchten die Gründe. (Lärm rechts und im Centrum.) Sie meinen, daß man eine solche Vorlage am besten durchbringt, wenn man ohne jede Diskussion die Macht der Majorität benützt, um die Opposition niederzustimmen und sich die Leute zu sichern. Sonst sind ja die Herren nicht so gegen eine gründliche Beratung. Das Wort Kanalvorlage darf man ja hier nach mehrfachen Weisungen des Herrn Präsidenten nicht aussprechen, ich will es deswegen auch nicht thun. (Heiterkeit.) Ich erinnere aber

daran, daß dieselben Parteien, die hier Gegner einer gründlichen Beratung sind, in Preussischen Abgeordnetenhaus sehr wohl gründlich zu beraten verstehen, wenn es sich um Gesetze handelt, die ihnen nicht in den Stram passen. Hier handelt es sich noch dazu um das Petitionsrecht des Volkes. Die Petitionen haben bisher das Vertrauen — freilich wie sich herausstellt, das grundlose Vertrauen — gehabt, daß der Reichstag auf Petitionen Wert legt. Nun wird gesagt, in der dritten Lesung erfolgt die Abstimmung. Da möchte ich ein Wort des Abgeordneten Wachem gebrauchen: wenn man's so hört, könnt's leidlich scheinen, wir wissen doch aber alle, daß die entscheidenden Beschlüsse fast stets in zweiter Lesung gefaßt werden, wenn sich nicht etwa wie bei dieser Vorlage ein Unfall der Majorität als notwendig erweist. In der Regel ist die Bedeutung der dritten Lesung gleich Null. Der Umstand, daß bisher so verfahren ist, kann nicht maßgebend sein, daß in einem besonderen Falle nicht anders verfahren wird. Und gerade diese Vorlage bietet einen solchen Fall, weil hier die verschiedenartigsten Interessen in den Petitionen zum Ausdruck kommen. Die Petitionen haben nicht nur ein Recht darauf, von den einzelnen Abgeordneten gelesen zu werden — auf die Höhe des Herrn Gamp, der erklärte, den Inhalt der Petitionen zu kennen, ehe er sie gelesen habe, können wir uns nicht erheben — sondern die Petitionen dürfen auch verlangen, hier öffentlich beraten zu werden. Daß die Beratung erheblich durch die Petitionen verlängert wird, ist ausgeschlossen. Schon jetzt können Sie es ja keinem Redner verbieten, ausführlich auf den Inhalt der einzelnen Petitionen bei jeder Position einzugehen. Der Berichterstatter braucht ja nur zu sagen, wie viel Petitionen für und gegen die Position eingelaufen sind und die Unterchriften zu nennen. Daß heute der Herr Berichterstatter ausführlich berichtet hat, ist lediglich ein Erfolg der von Ihnen so genannten Obstruktion, die bei diesen Debatten stets auf die Bedeutung der Petitionen hingewiesen hat. Ich bitte also den Herrn Präsidenten, dem Wunsche des Herrn Gothein stattzugeben.

Abg. Stadthagen (Soc.):

Herr Gamp hat geäußert, jeder Abgeordnete müsse sich aus dem vorliegenden Verzeichnis der Petitionen über ihren Inhalt unterrichten, und für seine Person ausdrücklich erklärt, daß er das schon getan habe. Nach den Vorgängen in der Kommission bei dieser Frage war ich über diese Äußerung sehr erstaunt, denn Herr Gamp erklärte damals, er brauche die Petitionen nicht lesen und wisse doch, was darin stehe (Heiterkeit); er könne sogar darüber referieren, ohne sie gelesen zu haben. (Große Heiterkeit.) Herr Gamp wird sich auch erinnern, daß als in der Kommission auf unser Drängen über alle Petitionen referiert wurde, der Fall eintrat, daß ein Referent die Petition mit 3 1/2 Millionen Unterchriften gegen den Zolltarif ganz übersehen hat. Mein Freund Bebel erkundigte sich daraufhin, ob denn die Petition beim Bureau noch nicht eingegangen sei und der Vorsitzende erklärte, er wisse auch nichts davon. (Heiterkeit links.) Ich konstatiere also, daß man auf der rechten Seite des Hauses von den Petitionen nichts wußte. Die Flüchtigkeit, die der Abg. Wachem hier empfahl, ist von den Volksgenossen in der Kommission längst antizipiert worden. (Sehr gut! links.) Ich hätte einmal die Antwort hören mögen, die der Abg. Wachem von dem Abg. Windthorst bekommen haben würde, wenn er zur Zeit des Kulturkampfes über die Petitionen gegen die Waagesteuer dieselbe Rede wie heute gehalten hätte. (Sehr gut! links.) Es liegt hier ein besonderer Fall vor, so daß das Abweichen von der Gewohnheit gerechtfertigt erscheint. Es ist hier nicht ein Berichterstatter, sondern es sind 23 Berichterstatter erwandt, die auch gleichzeitig über die Petitionen berichten sollen, und diese Berichterstattung dürfte nicht allzu viel Zeit in Anspruch nehmen. Wenn Herr Wachem sagt, allzuviel Gründlichkeit ist der Tod jedes Erfolges, so verstehe ich jetzt, warum er so ungründlich ist (Heiterkeit) und neulich unumwundene Behauptungen aus den Kommissionsverhandlungen hier aufgestellt hat. (Heiterkeit links.) Wenn er weiter gesagt hat, daß die Gründlichkeit im Lande Obstruktion genannt werde, so giebt er damit zu, daß diese Obstruktion nichts anderes als der Versuch einer gründlichen Beratung des Zolltarifs ist. (Sehr richtig! links.) Als Gegner der Gründlichkeit entzieht sich Herr Wachem mit seinen Fingern den gründlichen Verhandlungen hier im Saale, d. h. er wird flüchtig. (Heiterkeit.) Nach seiner heutigen Rede werden es alle Kollegen verstehen, weshalb Herr Wachem so häufig Gebrauch von seinen Fingern macht. (Erneute Heiterkeit.)

Das Petitionsrecht muß von uns gewahrt werden. Millionen von deutschen, im tätigen Erwerbsebenen stehenden Arbeitern haben dringend darum gebeten, die Beschlüsse der Kommission nicht Gesez werden zu lassen. Ich kann mich deshalb nur der Ansicht des Abg. Gothein anschließen. (Beifall links.)

Abg. Dr. Barth (fr. Bg.):

Ich vermag nicht einzusehen, wie man unsren Vorschlag als Obstruktion bezeichnen kann. Bei der bisherigen Praxis würden wir das Vermögen haben, 23 Berichterstatter nacheinander über die Petitionen zu den einzelnen Teilen des Zolltarifs referieren zu hören. (Lachen im Centrum.)

Präsident Graf Ballestrem: Das Wort hat Abg. Dr. Wachem.

Abg. Dr. Wachem (C.): Ich verzichte! (Stürmisches Gelächter links. Zurufe: Das war das Beste, was Sie thun konnten!) Damit schließt diese Diskussion.

Präsident Graf Ballestrem teilt das Wort dem Abg. Grafen Schöer in-Löwiy (L.) zur Berichterstattung über die Petitionen zu den bereits erledigten Positionen des Tarifs.

Abg. Dr. Barth (fr. Bg., zur Geschäftsordnung) erhebt dagegen Widerspruch. Nach der bisherigen Praxis dürfe erst nach Schluß der Verhandlungen über den Zolltarif über die Petitionen berichtet werden.

Die Mehrheit des Hauses stimmt dem Verfahren des Präsidenten zu.

Graf Schwerin-Löwiy (L.) berichtet kurz über die betreffenden Petitionen.

Darauf beschließt das Haus auf Antrag Dr. Wachem (C.) sich zu vertagen.

Präsident Graf Ballestrem beraumt die nächste Sitzung auf Donnerstag 1 Uhr an mit der Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung.

Abg. Herold (C.) beantragt als Sitzungsbeginn 2 Uhr.

Abg. Gothein (fr. Bg.): Ich stelle den Antrag, zu den Positionen, die morgen zur Verhandlung kommen, die entsprechenden Petitionen mit auf die Tagesordnung zu setzen.

Präsident Graf Ballestrem: Die Petitionen stehen ohne weiteres mit zur Beratung. Wenn einer sie heranziehen will, kann er das ja thun. Ich möchte einen formulierten Antrag haben, sonst weiß ich nicht, wie ich darüber Beschluß fassen soll.

Abg. Gothein (fr. Bg.): Wenn die Petitionen mit zur Beratung stehen, so bin ich dadurch durchaus befriedigt und habe bloß den Wunsch, daß die Referenten vor der Beratung über die Petitionen berichten mögen.

Präsident Graf Ballestrem: Dazu kann ich sie nicht zwingen. (Stürmisches Heiterkeit und Beifall rechts und im Centrum.)

Das Haus beschließt entsprechend dem Antrage Herold, die morgige Sitzung um 2 Uhr beginnen zu lassen.

Schluß 1/2 Uhr.

## Partei-Nachrichten.

Gemeindevahlen. Bei den Stadtverordneten-Wahlen in Aßchersleben erreichten unsere Parteigenossen sehr ansehnliche Stimmengahlen, wenn sie auch noch nicht siegen. Es waren vier Mandate zu besetzen. Die Gegner erhielten 606 bis 654 und unsere Kandidaten 548 und 564 Stimmen. Da die absolute Mehrheit 607 beträgt, kommt einer unserer Kandidaten mit einem Gegner in Stichwahl. In Hohenstein-Ernstthal (Königreich Sachsen) wurden 2 Genossen und 1 Gegner ins Stadtverordneten-Kollegium gewählt, so daß sich die Zahl unserer Vertreter von 8 auf 5 erhöht. In Bremen, wo die Wahlen zugleich fürs Staatsparlament und die städtische Gemeindevertretung gelten, wird jetzt auch

gewählt. Die bezirksweise vorzunehmenden Wahlen bereiten sich auf mehrere Tage. In der beiden ersten Tagen wurden zwei neue Mandate erobert und drei Genossen kommen in Stichwahl. Dazu ist ein allgemeiner starker Stimmengewinn zu konstatieren. — Aus Furtwangen im badischen Schwarzwald wird uns gemeldet, daß unsere Räte über die des Centrums siegte, so daß wir jetzt 20 Vertreter im Bürgerausschuß haben.

Freisinn-Schwindel. Nach dem freisinnigen „Frank. Kurier“ in Nürnberg macht seit einigen Tagen wieder einmal ein Schwindelnotiz über angebliche sozialdemokratische Mißwirtschaft in der Gemeindeverwaltung in Jülich die Runde durch die Presse. Ramentlich die freisinnige Presse, die ja gerade auf dem Gebiete der Gemeindeverwaltung ein gerütteltes Maß von Sünden auf sich geladen hat, verbreitet den Schwindel mit großem Behagen. Es wird da behauptet, daß die Erhöhung der Gemeindeumlagen von 100 Proz. auf 145 Proz. innerhalb zwei oder drei Jahren die Folge der „reinen sozialdemokratischen Programmwirtschaft“ sei, und schlankweg wird behauptet, daß Jülich eine sozialdemokratische Mehrheit in der Gemeindeverwaltung habe.

Richtig ist nur, daß die Umlagen gestiegen sind, nicht richtig ist aber, daß die Sozialdemokraten die Mehrheit in der Gemeindeverwaltung bildeten. Im Magistrat der Stadt Jülich sitzen 8 Sozialdemokraten neben 14 Gegnern und im Gemeindefollegium sitzen 18 Sozialdemokraten neben 22 Gegnern. Daneben ist aber zu bemerken, daß eine Reihe sozialpolitischer Maßnahmen, unter andern die Lehrmittelfreiheit, eingeführt wurden, wodurch manche Lasten, die bis dahin die Kernfamilien allein tragen mußten oder von ihnen am schwersten empfunden wurden, nach dem Einkommen verteilt wurden.

Meinungsverschiedenheiten über die Organisationsform in der Arbeiterpartei Schwedens. Die schwedische Sozialdemokratie ist bekanntlich in der Weise organisiert, daß die Gewerkschaften gewissermaßen den Grundstock der Partei bilden, indem die Ortsabteilungen der Gewerkschaften den sogenannten Arbeiterkommunen, das heißt den Ortsabteilungen der Partei angegeschlossen sind; abgesehen davon, daß sie ihre gewerkschaftliche Centralen in der Landesorganisation der Gewerkschaften haben. Die bestehende politische Organisationsform wurde im Jahre 1900 festgelegt und hat sich seitdem bewährt. In letzter Zeit sind jedoch hauptsächlich in Stockholm und in Göteborg, innerhalb der Arbeiterpartei Bestrebungen auf Loslösung der Gewerkschaften von der politischen Partei hervorgetreten und die bürgerliche Presse hat daraus den Schluß gezogen, daß die Arbeiter sich nun vom Socialismus abwenden und daß die Gewerkschaftsbewegung in „ruhigere Bahnen“ einlenken werde. Diese Hoffnung auf Verlassung der Arbeiterbewegung beruht jedoch auf einem Irrtum. Es handelt sich hier lediglich um eine praktische, nicht um eine prinzipielle Frage. Eine solche Scheidung der politischen von der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung hat übrigens in Dänemark bereits vor einer Reihe von Jahren stattgefunden, und zwar ohne daß dadurch die Arbeiterpartei irgendwie ihre politische Bestimmung gewechselt hätte. In Schweden scheint indes der Zeitpunkt für eine solche Umwälzung der Organisationsform noch nicht gekommen zu sein. Der praktische Versuch, der in Göteborg damit gemacht wurde, hat ein Sinken der Mitgliederzahl der Gewerkschaften und keinen Zuwachs für die politische Vereinigung zur Folge gehabt.

Nun hat dieser Tage der sozialdemokratische Parteivorstand an sämtliche Arbeiterkammern und deren Mitglieder ein Rundschreiben erlassen, worin zum Beschluß an der bestehenden Organisationsform aufgefordert wird. In allen Orten, wo es nötig erscheint, sollen Versammlungen abgehalten werden, um zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

## Aus Industrie und Handel.

Korporation und Handelskammer. In einer stark besuchten Generalversammlung von Mitgliedern der Korporation der Berliner Kaufmannschaft, in der neben der Börse auch die Hochfinanz sowie Handel und Industrie zahlreich vertreten waren, wurde gestern abend nach über dreistündiger, teilweise recht erregter Debatte erneut der Beschluß gefaßt, die Korporation neben der Handelskammer selbstständig bestehen zu lassen. Zugleich erhielt das Ältesten-Kollegium den Auftrag, Vorschläge für eine Abgrenzung der Interessensphären zwischen Handelskammer und Korporation auszuarbeiten und diese einer neu einzuberufenden Korporations-Versammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Verhandlung wurde durch ein längeres Referat des Syndikus der Korporation, Dr. Apt., eingeleitet, der ausführlich die Entwicklung der Verhältnisse seit dem am 10. Dezember v. J. gefaßten Beschluß, durch den die Umwandlung der Korporation in eine Handelskammer abgelehnt wurde, darlegte. Der Handelsminister habe dem Ältestenkollegium erklärt, nach seiner Ansicht sei nur die Handelskammer als die im vollen Umfange amtliche Handelsvertretung von Berlin anzusehen. Die heutige Versammlung sei einberufen, weil die Vollversammlung der Korporation selbst darüber entscheiden solle, ob sie mit der Handlungsweise der Majorität der Ältesten, die bekanntlich ihre Mandate niedergelegt hätten, einverstanden und gewillt sei, für die Verschmelzung mit der Handelskammer einzutreten.

Stadtrat Dr. Weigert erklärt, der Beschluß vom vorigen Jahr betreffs der Erhaltung der Korporation hätte auch heute noch seine Berechtigung. Die Korporation besitze auf ihr Recht der Selbsterhaltung. Bei einzelnen Mitgliedern des Ältestenkollegiums hätte von vornherein der Wunsch bestanden, die Korporation in die Handelskammer aufgehen zu lassen. Daraus sei allmählich eine direkte Gegnerschaft gegen die Korporation geworden. In der neuen Vorlesung der Handelskammer sei dann gründlich mit allen Rechten des Ältesten-Kollegiums ausgeräumt worden. Schließlich habe ein hervorragendes Mitglied der Handelskammer das System der Doppelmandate als unhaltbar bezeichnet. Nicht das Ältestenkollegium, sondern die Doppelmandatäre seien zu beseitigen. Die Minderheit des Kollegiums, zu der er gehöre, wolle Erhaltung der Korporation unter friedlichem Ausgleich. Dazu sei eine Auseinandersetzung und eine Abgrenzung der Interessensphären notwendig. Viele freie wirtschaftliche Vereinigungen wie zum Beispiel der Bund der Landwirte, der Centralverband deutscher Industrieller, hätten ein viel größeres gesetzgeberisches Gewicht als die staatlich anerkannten Handelskammern. Justizrat Dr. Rießer tritt den von der Mehrheit des Ältestenkollegiums eingenommenen Standpunkt. Die Mehrheit wolle vermeiden, daß aus dem Nebeneinanderbestehen der beiden Körperschaften Gutachten entspringen, von denen eins das andre aufhebe. Falls sei es, zu behaupten, die Korporation sei viel unabhängiger als die Handelskammer. Eine positive Beseitigung der Ansicht, daß die Korporation, wenn nicht als amtliche Vertretung, so doch nach andren Richtungen segensreich wirken könne, sei bei der Minorität leider nicht zu bemerken gewesen. Auch heute lägen bestimmte Vorschläge für Ausbau der Korporation nicht vor. Redner giebt im weiteren Verlauf dieser Ausführungen die Erklärung ab, daß die Mehrheit des Kollegiums für eine Verschmelzung mit der Handelskammer nur unter folgenden Bedingungen zu haben sei:

1. Es ist der Börse ihre Selbstverwaltung nach innen innerhalb des gesetzlichen Rahmens nach jeder Richtung hin zu erhalten und es ist anzustreben, daß ihr bei den Wahlen zur Handelskammer ein besonderer Wahlkörper eingeräumt wird, in welchem sie gegenüber der heutigen Zahl der Handelskammer-Mitglieder 12 Mitglieder zu wählen hat.

2. Die Einflüsse aus den Korporationskassen müssen in erster Reihe für die Korporationsmitglieder und deren Hinterbliebene dienen.

3. Das sonstige Korporationsvermögen muß die Handelskammer thunlichst als besonderen Fonds im Sinne des frühen Umwandlungsstatuts bußen und verwalten unter möglicher Verwendung des Ueberschusses zu den in § 2 des Korporationsstatuts gedachten gemeinnützigen Einrichtungen für Handel und Verkehr und

4. Der Ausschluß einer jeden Wänderung der vermögensrechtlichen Bestimmungen ist thunlichst sicher zu stellen.

**Verchiedene andre Redner:** Richard Lion, A. Scheyer und besonders Stadtrat Kämpf sprechen für die Erhaltung der Korporation. Letzterer meint, ein Nebeneinanderbestehen von Korporation und Handelskammer sei recht wohl möglich. Auch die Regierung habe anerkannt, daß der Korporation als Vertretung des Handels noch große Bedeutung zukomme. Nur innerhalb des Vorkriegslegiums machten sich Bestrebungen geltend, die Korporation aus der Welt zu schaffen. Eine Abgrenzung der beiderseitigen Befugnisse sei aber durchaus notwendig. Die Vertreter der Minorität des Kollegiums seien auch bereit, die weitgehendsten Konzessionen in dieser Beziehung zu machen. Die Minorität habe kein andres Interesse, als den Frieden herzustellen, aber sie wolle die Korporation dabei nicht beseitigen lassen. Die Erhaltung der Korporation sei für die Börse eine absolute Notwendigkeit.

Nach Stellung eines Schlußantrages, über den es noch zu längerer Geschäftsordnungs-Debatte kam, beschloß schließlich die Versammlung durch Handaufheben, daß die Korporation erhalten bleiben soll.

**Rheinische Bank, Rülheim a. d. Ruhr.** In dem bekannten Prozeß der Minorität der Aktionäre gegen den Aufsichtsrat publizierte heute die zweite Zivilkammer des Düsseldorf-Landgerichts das Urteil, nach welchem vor Eintritt in die Hauptverhandlung einem jeden der Aufsichtsratsmitglieder eine Sicherheit in Höhe von 100 000 M. Aktien der Rheinischen Bank, also im ganzen 600 000 M. zu stellen sei. Der Aufsichtsrat besteht auf dem Verlangen, daß diese Kautelen in bar oder in mündelsicheren Papieren zu hinterlegen sei.

## Gewerkchaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Xylographen.** Die im Atelier von Franz Lipperheide beschäftigten Xylographen — darunter sind solche, die 25—37 Jahre dabeist in Arbeit stehen — haben die Kündigung erhalten. Der Geschäftsinhaber will aber mit den Xylographen „auf einer andern Grundlage weiterarbeiten.“ Er beabsichtigt nämlich, einen Teil der Arbeiten im Wege der billigeren Kupfer-Autotypie herstellen zu lassen und die Holzschneider nur dann weiter zu beschäftigen, wenn sie in eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf 4—5 Stunden und dementsprechende Herabsetzung ihres Lohnes willigen. Das Verbandsorgan der Xylographen ersucht die Kollegen, vor Erledigung dieser Differenzen keine Stellung bei Franz Lipperheide in Berlin anzunehmen.

### Deutsches Reich.

#### Der christliche Eisenbahner-Verband verboten.

Der **Verband deutscher Eisenbahn-Handwerker und Arbeiter (Sitz-Trier)** ist — wie uns mitgeteilt wird — in Aktion von der kaiserlichen Eisenbahndirektion verboten worden. Auf Anweisung der Inspektion haben eine Anzahl Bedienstete auf „Ehre und Gewissen“ ein Schriftstück unterzeichnet, der oben genannten Organisation nicht anzugehören und in Zukunft nicht beizutreten. Diese Organisation ist eine Gründung der Centrumpartei, und die herangezogenen Angehörigen derselben, wie die Protokollreiter Dasbach, Gahensky, Euler und andre sehr christliche Sozialpolitiker sind keine Hintermänner. Ihren Bemühungen ist es gelungen, die Mitgliederzahl bis auf 32 000 zu bringen. Die Mitglieder setzen sich zum allergrößten Teil aus Werkstättenarbeitern zusammen, die wiederum aus den Handwerken der Privatbetriebe hervorgehen und dort schon mehr oder weniger mit der modernen Arbeiterbewegung in Verührung gekommen sind.

Der **Trier-Verband**, wie er kurz genannt wird, war nämlich die einzige Eisenbahner-Organisation, die sich der besonderen Gunst des Kommissars v. Thielen zu erfreuen hatte, und zwar deshalb, weil dieser Verband als Gegenorganisation des auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung errichteten „Verbandes der Eisenbahner Deutschlands“ (Sitz Hamburg) diente.

Aufheben sah man im Eisenbahnministerium in dem geduldeten „Trier-Verband“ ein Mittel, um den sozialdemokratischen Sympathien entgegenzuwirken und Ruhe und Zufriedenheit unter den Eisenbahn-Arbeitern zu verbreiten. Diese Wirkung ist nun nicht erreicht worden, sie kann auch nicht eintreten, da bekanntlich die Eisenbahn-Verwaltung selber den von ihr beschäftigten Arbeitern so viel Ursache zur Unzufriedenheit giebt, daß es keiner „sozialdemokratischen Sympathie“ bedarf, um das Verlangen nach einer Verbesserung ihrer Lage bei den Arbeitern auskommen zu lassen. Wie es scheint, haben sich die Eisenbahnarbeiter in größerer Zahl dem geduldeten Verbande angeschlossen und diesen zu bewegen versucht, daß er ernstlich für ihre Interessen eintrete. Das ist denn für eine preussische Eisenbahnbeförderung Grund genug, den seither geduldeten christlichen Verband eben so zu behandeln, wie den längst vertriebenen „sozialdemokratischen“ Verband der Eisenbahner Deutschlands.

So hat sich also im „Zeitalter der Sozialreform“ eine preussische Eisenbahnbeförderung wieder einmal auf den Standpunkt des rücksichtslosesten Unternehmers gestellt, der jeder für die Interessen der Arbeiter eintretenden Organisation mit Vernichtung droht, vor der sie auch durch die christliche Firma und den patriotischen Anstrich nicht geschützt wird.

Größe Differenzen sind in der Sächsischen Waggonfabrik in Kettitzbach am Rhein ausgebrochen. Es handelt sich um Abzüge bis zu 50 Proz. und Mahregelungen. Da die Firma an verschiedenen Orten Deutschlands Arbeiter sucht, bitten die Beteiligten alle Arbeiterblätter um Kenntnisgabe obiger Notiz.

**Vom Maurerstreik in Rostock.** Bekanntlich war es den Unternehmern nach vieler Mühe gelungen, einen Trupp Arbeitswilliger von auswärts heranzuschleppen, von denen jedoch einige sich sofort den Streikenden anschlossen. Jetzt sind auch die übrigen zu besserer Einsicht gekommen, sie haben die Arbeit eingestellt und Rostock wieder verlassen.

**Zur Lohnbewegung der Solinger Messerschleifer.** Die Fabrikanten hatten, wie wir mitgeteilt haben, die Forderungen des Vereins der Messerschleifer abgelehnt, weil diese für die Firma Hammesfahr unter dem allgemeinen Tarif arbeiten. Der Messerschleifer-Verein wird nun die Angelegenheit mit Hammesfahr regeln, die betreffenden Verhandlungen werden vom Ausschuß der Solinger Gewerkschaften geführt und voraussichtlich zur Zufriedenheit der Schleifer geregelt, wodurch dann dem Fabrikantenverein der Grund für sein ablehnendes Verhalten entzogen wird.

### Ausland.

**Von einem Matrosenstreik berichtet.** „Wolffs Bureau“ aus Marseille: Eine Anzahl für die Anwerbung vorgemerkter Matrosen beschloß in den Ausländern zu treten und versuchte heute früh, auch die Matrosen auf den hier liegenden Schiffen zum Ausstand zu bewegen. Letztere weigerten sich jedoch in der Mehrzahl, ihre Schiffe zu verlassen. Man hofft somit, daß die Postdampfer werden abgehen können.

## Verfammlungen.

### Protestversammlung der städtischen Arbeiter.

Mehr als 2000 Arbeiter aller städtischen Betriebe waren am Dienstag in den Andreasfälen versammelt. Die Versammlung beschäftigte sich mit der Antwort der Gas-Deputation auf die von den Mitgliedern der Arbeiter-Ausschüsse in einer Petition geäußerten Wünsche bezüglich der Befreiung der Verfügung, daß Arbeiter, welche länger als 4 resp. 6 Wochen erkrankt sind, von der Stadt entlassen werden. Die erfolgte Antwort, welche sich ablehnend gegenüber den Forderungen der städtischen Angestellten verhält, hat folgenden Wortlaut:

Die gegen die Verfügungen der Direktion der städtischen Gaswerke vom 9. Juli und vom 5. August 1902 erhobene Beschwerde muß als unbegründet erachtet werden. Die angeführten Verfügungen beruhen auf den durch Gemeindefestsetzungen festgesetzten Grundlagen und stehen lediglich die Folgerungen aus denselben, so daß sie die bisher in Kraft befindlichen Normen in keiner Weise verändert oder verletzt haben.

**Aus die Gemeindebehörden aussprechen.** daß den erkrankten Arbeitern regelmäßig der Lohnzuschuß für die Zeit von 4 Wochen zu gewähren sei, hatte dies die Bedeutung, daß das Dienstverhältnis, falls nicht besondere Verhältnisse eine Ausnahme rechtfertigten, nach Ablauf der 4 Wochen zu lösen sei.

Sobald man dies veräumte, waren unklare Verhältnisse zu gewärtigen, wie sie von einer ordnungsmäßig geführten Verwaltung vermieden werden müssen. Insbesondere war, nachdem der Magistrat in der Verfügung vom 6. Juni 1902 Anweisung erteilt hatte, daß das Ruhelohn vom Tage der formellen Entlassung ab zu zahlen sei, zu befürchten, daß das Unterlassen der formellen Entlassung der Stadtgemeinde Pflichten auferlegen könnte, welche über das Maß dessen hinaus gingen, was die Gemeindebehörden zu leisten beabsichtigt hatten. Auch spricht eine Anzahl anderer, auf verwaltungsrechtlichem Gebiete liegender Gründe dafür, daß über die Frage, ob jemand unseren Betrieben als Arbeiter angehöret oder nicht, Klarheit geschaffen werde.

Inzwischen ist übrigens der Magistrat dem Beschlusse der Stadtverordneten-Versammlung, daß solche Arbeiter, welche nach einjähriger Tätigkeit erkrankt, bis zu 6 Wochen Lohnzuschuß erhalten können, beigetreten, und hat unsere Direktion deshalb unverzüglich die von ihr am 9. Juli erlassene Verfügung in diesem Sinne ergänzt. Vorher, insbesondere im Juli und August, war die Direktion noch nicht in der Lage, den erwähnten Stadtverordneten-Beschluß zu berücksichtigen, da sie von dem Magistrat noch keine entsprechende Verfügung erhalten hatte.

Daß die angegriffenen Direktions-Verfügungen die Autorschaft der Arbeiter auf Ruhelohnbezug, wie er in dem Beschlusse des Magistrats vom 9. Mai 1901 geordnet ist, und auf Gewährung von Urlaub in keiner Weise verhängt hat und hat verhängen können, ist bereits unter dem 5. August dieses Jahres ausdrücklich ausgesprochen worden, und soll deshalb hier nur erwähnt werden.

In formeller Beziehung ist zu bemerken, daß die Petition zu Unrecht mit der Vederfärsi „Arbeiter-Ausschuss“ unterzeichnet worden ist. Die Mitglieder der Arbeiter-Ausschüsse vertreten ihre Aufgaben und die Grenzen ihrer Befugnisse, wenn sie annehmen, in der Weise auftreten zu können, wie es im vorliegenden Falle geschehen ist. Nach den Bestimmungen, welche für die Geschäftsordnung der Arbeiter-Ausschüsse allein maßgebend sind, können diese Ausschüsse nur von dem ihnen zugeordneten Vorsitzenden einberufen und in den anberaumten Sitzungen nur die ordnungsmäßig von dem Vorsitzenden auf die Tagesordnung gesetzten Sachen zur Verhandlung gebracht werden. Zumeist Mitglieder des Arbeiter-Ausschusses in einer Form zu Beratungen zusammen, welche den Vorschriften der für diese Zwecke erlassenen Geschäftsordnung nicht entspricht, so wohnt ihnen nicht die Eigenschaft eines Arbeiter-Ausschusses bei und sie führen diese Bezeichnung zu Unrecht.

Aus diesem Grunde lassen wir Ihnen, als dem ersten Unterzeichner der ohne Datum eingereichten Petition diesen Bescheid zugehen und ersuchen Sie, die Mitunterzeichner der Petition von dem Inhalt dieses Bescheides in Kenntnis zu setzen.

Kamslau.

In eingehender Weise giebt der Verbandssekretär Schuberl nochmals eine historische Schilderung des bisherigen Verlaufs der Protestbewegung der städtischen Arbeiter und unterzieht die jetzige Antwort einer scharfen Kritik. Ohne weiteres müßte zugegeben werden, daß bei den Unterschriften der redaktionelle Fehler vorhanden sei, daß daraus nicht hervorgehe, ob der gesamte Ausschuss oder nur die Arbeitnehmer-Mitglieder die Petition unterschrieben haben; auch die Thatsache, daß der Magistrat dem Beschlusse der Stadtverordneten beigetreten sei und für diejenigen, die länger als ein Jahr bei der Stadt beschäftigt sind, nimmere 6 Wochen Krankengeld-Zuschuß zahle, sei eine erfreuliche. Demgegenüber steht aber die bedauerliche Thatsache, daß die Kündigung aufrechterhalten wird, sobald ein Arbeiter über diese Zeit hinaus krank bleibt. Die von dem Herrn Oberbürgermeister Kirchner erlassene generelle Verfügung: „Für die Ruhelohnberechnung ist der Tag der formellen Entlassung maßgebend“, soll eine derartige Maßregel notwendig machen. Sind wir auch nicht juristisch gebildet, so müße man doch nach wie vor behaupten, daß für die Festsetzung des Tages der Ruhelohnberechnung sehr leicht andre und mildere Formen gefunden werden können. In keiner Kommune des Deutschen Reiches, die ihren Arbeitern Pensionen gewährt, wird derartige Bescheid, und nur die Hauptstadt lasse an dem Ernst sozialpolitischer Forderungen zweifeln. Ganz verblüffend erscheint es aber, wenn in dem Antwortschreiben weiter ausgeführt wird, daß, als die Gemeindebehörden aussprechen, den Arbeitern einen kleinen Zuschuß zu gewähren, dies die Bedeutung hatte, daß das Dienstverhältnis beendigt werden soll.“ Mit keinem Wort oder Andeutung ist von den Magistratsmitgliedern oder Stadtverordneten auf die jetzt beschriebenen Maßnahmen hingewiesen worden. Aber nicht nur in moralischer, sondern auch in materieller Beziehung bedeutet diese Verfügung einen Schaden für die Kommune und die Arbeiter. Der Zustand des Kranken werde nicht gebessert, wenn er Tag für Tag sich mit der Frage seiner weiteren Erhaltung zu beschäftigen habe; die Krankheitsdauer ist eine längere, der Arbeiter kommt materiell mehr und mehr zurück und für die Kommune erwachsen indirekt auch größere Kosten. Auf der andern Seite wieder wird mancher Kranke, um seine Stelle nicht zu verlieren, trotzdem er noch nicht gesund ist, sich wieder arbeitsfähig melden. Die Leistungen sind nicht vollwertige, die Wiederkehr der Krankheit eine öftere und durch die Zahlung des Zuschusses tritt eine erhöhte Belastung des Stadtsäckels ein. Aus allen diesen Gründen müße die Befreiung resp. Aenderung der Verfügung des Oberbürgermeisters erfolgen. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Boersch äußerte sich in demselben Sinne und ersuchte unter der Zustimmung aller Anwesenden um die Annahme folgender Resolution, die denn auch einstimmig erfolgte:

Die heute in den Andreasfälen zahlreich versammelten Arbeiter aller städtischen Betriebe erklären, daß die von der Gasdeputation für die Aufrechterhaltung der Verfügung angeführten Gründe durch nichts gerechtfertigt sind, wie ja auch alle Kommunalverwaltungen mit Reliktenerfüllung für Arbeiter ohne derartige Maßnahmen zu gewärtigen und sich Unzulänglichkeiten nicht ergeben haben. Und auch andre Betriebe der Stadt Berlin haben bisher bei diesem Modus segensreich gewirkt. Sollten aber wirklich nur rein juristische Erwägungen für eine solche Auffassung maßgebend gewesen sein, so läßt sich nach unserem Dafürhalten auch hier eine andre und weit mildere Form finden und bitten wir daher um Aufhebung resp. Aenderung der generellen Verfügung des Herrn Oberbürgermeisters.

Wir erwidern in dieser Verfügung nicht bloß eine — wenn auch nicht beabsichtigte — Härte, die dazu angethan ist, den ohnehin geistig niedergedrückten Kranken seelisch nach mehr zu verstimmen und aufzuregen, sondern auch eine Gelegenheit, in welcher unsere Vorgesetzte leicht in die Lage kommen, ihre Befugnisse zu überschreiten, indem sie sich der Wiederanstellung ihnen mitgliedriger Personen aus kleinlichen Motiven widersetzen, was ihnen ein Leides ist, da sie häufig die Einstellung beforren. Wir wollen Recht sagt auch der Stadtrat von Karlsruhe bei der Begründung seiner für die Arbeiter berechneten Reliktenerfüllung:

„Ganz selbstverständlich liegt dabei der Gemeindeverwaltung die moralische Verpflichtung ob, von ihrem Kündigungsrecht nur Gebrauch zu machen, wenn dies durch schuldhaftes Verhalten des Arbeiters geboten ist. Eine Kündigung aus unbegründetem Mitleid wollen gegen den Arbeiter oder gar zu dem Zweck, die Stadt von der Befreiung zu befreien, welche durch Gewährung der in Aussicht gestellten Vorteile bedingt ist, wäre eine schlechterdings unfittliche Handlungsweise.“

Wir erhoffen daher zuversichtlich, daß die hier geäußerten Wünsche aller städtischen Arbeiter auch den Herrn Oberbürgermeister bestimmen mögen, jene Verfügung aufzuheben resp. an ihre Stelle eine andre zu setzen. Für diesen Fall gestatten wir uns folgende Formulierung: „Für die Ruhelohnberechnung ist der Tag des Beginns der Dienstfähigkeit, welche zur Pensionberechtigung führt, maßgebend.“

Das Bureau wird beauftragt, diese Resolution in zweckentsprechender Form den Behörden zu übermitteln.

Ein weiterer Antrag, der verlangt, in nächster Zeit eine große Versammlung abzuhalten, in welcher die Forderung einer Teuerungszulage erhoben werden soll, fand gleichfalls einstimmige Annahme.

## Aus der Frauenbewegung.

**Niedorf.** Am Sonntagnachmittag tagte bei Thiel, Bergstraße 151—153, eine gut besuchte Versammlung des Vereins gewerblich tätiger Frauen und Mädchen Niedorfs und Umgegend, in welcher Herr Kurlowski (an Stelle des nicht erschienenen Herrn Dr. Steiner) einen Vortrag über „Sklaventum und freie Arbeit“ hielt. Dem Vortrage schloß sich eine rege Diskussion und dieser ein gemüthliches Beisammensein an.

Die nächste Versammlung findet am Dienstag, den 9. Dezember, statt.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Die kaiserliche Kurde.

**Essen a. Ruhr, 26. November. (W. T. V.)** Vor der Abreise von Essen haben der Kaiser und Königin die Mitglieder des Direktoriums und die Vertreter der Arbeiterchaft der Kruppischen Werke in einem Wartesaal des Bahnhofes um sich versammelt und eine Kurde gehalten.

Nachdem der Kaiser zum Ausdruck gebracht, wie tief ihn das Abgehen des Vereingewählten ergriffen habe, sagte er: Eine That ist in deutschen Landen geschehen, so niederträchtig und gemein, daß sie aller Herzen erbeben gemacht und jedem deutschen Patrioten die Schamröte auf die Wangen treiben mußte über die unsern ganzen Völkern angethane Schmach. Diese That mit ihren Folgen ist weiter nichts als Mord; denn es besteht kein Unterschied zwischen demjenigen, der den Gifttrank einem andern mischt und kredenzet und demjenigen, der aus dem sicheren Versteck seines Reaktionsbureaus mit den vergifteten Pfeilen seiner Verleumdungen einen Mitmenschen um seinen christlichen Namen bringt und ihn durch die hierdurch hervorgerufenen Seelenqualen tötet. Wer war es, der diese Schandthat an unserm Freunde beging? Männer, die bisher als Deutsche gegolten haben, jetzt aber dieses Namens unwürdig sind.

Zu den Vertretern der Arbeiter gewendet: Ihr Kruppischen Arbeiter habt immer treu zu Euren Arbeitgeber gehalten und an Ihn geklingelt; Dankbarkeit ist in Euren Herzen nicht erloschen; mit Stolz habe ich im Auslande überall durch Eurer Hände Werk den Namen unsres Deutschen Vaterlandes verherrlicht gesehen. Männer, die Führer der deutschen Arbeiter sein wollen, haben Euch Euren treuen Herrn gerührt. An Euch ist es, die Ehre Eures Herrn zu schützen und zu wahren und sein Andenken vor Verunglimpfungen zu schützen. Ich vertraue darauf, daß Ihr den rechten Weg finden werdet, der deutschen Arbeiterschaft fühlbar und klar zu machen, daß weiterhin eine Gemeinschaft oder Beziehungen zu den Urhebern dieser schändlichen That für brave und ehrliebende deutsche Arbeiter, deren Ehrenschuld befreit worden ist, ausgeschlossen sind. Wer nicht das Licht zwischen sich und seinen Leuten zerschneidet, legt moralisch gewissermaßen die Mitschuld auf sein Haupt. Ich beuge das Vertrauen zu den deutschen Arbeitern, daß sie sich der vollen Schwere des Augenblicks bewußt sind und als deutsche Männer die Lösung der schweren Frage finden werden.

### Der neue Berliner Polizeipräsident.

**Potsdam, 26. November. (W. T. V.)** Wie aus Hofkreisen verlautet, soll der hiesige Polizeipräsident Graf v. Bernstorff zum Nachfolger des zurücktretenden Berliner Polizeipräsidenten v. Büdichem aussersehen sein.

### Raporta, der Lodsipigel.

**Danzig, 26. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.)** In dem Prozeß Berger-Raporta wurde Berger freigesprochen, weil der Wahrheitsbeweis als gelungen anerkannt wurde, daß Raporta ein Lodsipigel gewesen.

### Internationale Konferenz über Kartelle.

**Paris, 26. November. (W. T. V.)** Die Vollkommission wählte den Deputierten Jomart zum Vorsitzenden. Dieser hielt bei Nebnahme des Vorsitzes eine Ansprache, in der er sich als Anhänger der Stabilität der gegenwärtigen Zolltarife erklärte. Er bekräftigte die Organisation der Trüste und Kartelle in einigen fremden Ländern und äußerte, daß es Zeit sei, sich damit zu befassen. Es sei von Wichtigkeit zu wissen, in welchem Sinne die Regierungen auf den Vorschlag Auslands geantwortet hätten, eine internationale Konferenz zu veranstalten, um die aus ihnen sich ergebende täglich wachsende Gefahr zu beschwören. Redner zweifelt, daß eine internationale Verständigung möglich sei; in jedem Falle aber müße Frankreich handeln, es dürfe nicht warten, bis seine Konkurrenten neue Waffen geschmiedet hätten. Frankreich werde sich fragen müssen, wie es seinen eignen Markt durch Differentialzölle schützen könne, die durch die Trüffel-Konferenz prinzipiell zugelassen seien.

### Seemanns-Ausstand.

**Marseille, 26. November. (W. T. V.)** Das gesamte Personal mehrerer Dampfer, welche heute nach Algier, Tunis und Iran abgehen sollten, begab sich an Land, so daß die Abfahrt der Schiffe nicht stattfinden konnte. Die Ausständigen behaupten u. a., die Bestimmungen betreffend die Begrenzung der Arbeitszeit und die Bezahlung der Heberstunden seien von den Gesellschaften nicht eingehalten worden. Man befürchtet, daß die Hafenarbeiter sich dem Ausstand anschließen werden. Die Seereschiffe wollen den Post- und Personenverkehr eventuell durch Hinzuziehung der Kriegsmarine sichern.

**München, 26. November. (W. T. V.)** An Stelle des aus Gesundheitsrücksichten zurücktretenden Justizministers Dr. Frhr. v. Leonrod ist der bisherige Reichsgerichtsrat Wittner zum Justizminister ernannt. Die amtliche Veröffentlichung steht unmittelbar bevor.

**Brüg, 26. November. (W. T. V.)** Der Abgeordnete Schall wurde heute von dem Vergehen der Ehrenbeleidigung, begangen durch die von ihm verfaßte Flugchrift „Warum ich Herrn Karl Hermann Wolf für ehrlos erkläre“, wegen Verjährung der Angelegenheit freigesprochen.

**Paris, 26. November. (W. T. V.)** Marineminister Pelletan hat die Subkommission benachrichtigt, daß er einen Teil des Verichts des Generals Vopron über die Missionare mitteilen werde; der Rest des Berichtes sei vertraulicher Natur.

**Cairo, 26. November. (W. T. V.)** Der Handelsvertrag zwischen Frankreich und Ägypten über den während der letzten zwölf Monate verhandelt wurde, ist gestern unterzeichnet worden. Er ist auf 21 Jahre abgeschlossen und gewährt beiden Ländern gegenseitige Handelsvorrechte, unabhängig von den sonstigen mit der Türkei getroffenen Abmachungen.

**New York, 26. November. (W. T. V.)** Nach einem Telegramm aus Havana haben die Ausständigen, mit Ausnahme der Cigarrenarbeiter, die Arbeit wieder aufgenommen.

Reichstag.

223. Sitzung. Mittwoch, den 26. November 1902, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Hr. v. Thielmann, Graf v. Posa-dowsky.

Die zweite Beratung des Zolltarif-Gesetzes wird fort-gesetzt.

Als § 111 beantragen die Abg. Wolfenbühler (Soz.) und Genossen, folgende Bestimmung in das Gesetz einzufügen:

Der Bundesrat hat die Rolle auf die nachbenannten Waren auszuheben, sobald deren Verkaufspreise die folgenden Preise erreichen: Weizen 215 M. pro Tonne, Roggen 165 M. pro Tonne, Gerste 155 M. pro Tonne, Hafer 155 M. pro Tonne, Hülsenfrüchte 185 M. pro Tonne, Lupinen 50 M. pro Tonne, Malz 175 M. pro Tonne, Mais 155 M. pro Tonne.

Abg. Wolfenbühler (Soz.):

Ich hätte erwartet, daß der vorliegende Antrag von den Herren Graf Kanitz, Graf Schwerin-Schwyz und den Herren eingereicht worden wäre, die seiner Zeit eine unsem Antrag entsprechende Stellung einnahmen. Jene Herren erklärten sich bei dem Antrag Kanitz gegen die Tendenz der Schutzzölle, die Getreidepreise bis ins Ungemeine zu steigern. War es den Herren mit der Bekämpfung dieser Tendenz ernst, so hätten sie in das Zolltarif-Gesetz eine Bestimmung hineinschreiben müssen, welche die unbegrenzte Steigerung der Getreidepreise, wie Graf Schwerin-Schwyz sich damals ausdrückte, verhindert. Dies Verständnis haben wir nun nachgeholt. In der That aber haben die Herren vom Bunde der Landwirte nur das eine Erreichte, die Getreidepreise möglichst zu erhöhen. Wenn wir aber schon einmal Minimalzölle für Getreide haben, dann müssen wir auch eine Maximalgrenze der Preise festsetzen und dafür sorgen, daß in sogenannten Hungersnotjahren die Rölle überhaupt aufgehoben werden. Daß die Landwirtschaft als solche von hohen Getreidepreisen keinen dauernden Nutzen hat, haben wir schon wiederholt nachgewiesen. Das Steigen der Bodenpreise kommt nur den gegenwärtigen Besitzern zu gute, während es jeden späteren Besitz-übernehmer direkt schädigt. Man geht heute von der Ansicht aus, die Getreideproduktion werde lediglich zu dem Zwecke betrieben, um den Großgrundbesitzern Vorteile zu verschaffen. In die Ernährung des Volkes wird gar nicht gedacht. In der friedericianischen Zeit dachte man anders, wie der Bau von Kornhäusern, die für Zeiten der Teuerung Vorkehrung treffen sollten, beweist. Unser Antrag bezweckt ebenfalls eine Vorkehrung für Zeiten drohender Hungersnot. Die Herren von der Rechten, die sich wiederholt so scharf gegen die sogenannte Getreidespekulation ausgesprochen haben, hätten allen Anlaß, unseren Antrag zu unterstützen. Wir wollen der Getreidespekulation einen gewissen Damm entgegenstellen.

Unser Antrag würde in seiner Wirkung nur das Erreichte, was seiner Zeit die Vertreter des Antrages Kanitz erreichen wollten. Wenn Sie (nach rechts) wirklich keine rückwärtsgehende Steigerung der Getreidepreise wollen, wenn Sie wenigstens für die Zeiten der Teuerung eine Milderung eintreten lassen wollen, so stimmen Sie unserem Antrage zu. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.):

Die Tendenz dieses Antrages ist uns durchaus sympathisch. Wir können uns aber nicht der Autorität des Grafen Kanitz in der Weise beugen, wie es der Vorredner bei der Aufstellung der Preisliste seines Antrages gethan hat. Wir wünschen andere Sätze hier eingesetzt zu sehen, besonders ein anderes Verhältnis zwischen Hafer und Gerste einerseits und Weizen und Roggen andererseits. Ich hätte erwartet, daß Graf Kanitz, der ja die Vaterhaft dieses Gedankens für sich in Anspruch nehmen kann, sich zu diesem Antrag geäußert hätte. Wie die Dinge jetzt liegen, bleibt uns nichts übrig, als in der zweiten Lesung gegen den Antrag zu stimmen; für die dritte Lesung behalten wir uns vor, falls die Mängel beseitigt werden, für den Antrag zu stimmen.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Wir berufen uns nicht auf die Autorität des Grafen Kanitz, aber wir wollen, daß die Herren, welche seiner Zeit den Antrag Kanitz unterschrieben haben, nun hier bekennen, ob es ihnen mit jenem Antrag überhaupt Ernst war. Wenn dem Herrn Vorredner die Sätze, wie wir sie annehmen, zu hoch erscheinen, so sieht es ja in seiner Hand, sie zu erniedrigen. Wir haben so hohe Preise angenommen, weil damals die Herren Agrarier es selbst für ein nationales Unglück erklärten, wenn bei diesen Preisen die Rölle weiter beständen. Es handelt sich hier nicht mehr um die Frage, ob die Rölle an sich Wunderzölle sind, sondern darum, ob Sie die Rölle auch beibehalten wollen, wenn so exorbitante Getreidepreise bestehen, wie sie in unserem Antrag angenommen sind. Ich muß auch sagen, daß die Haltung des Herrn Müller-Sagan draußen im Lande wohl kaum verstanden werden wird. Wenn ihm die Tendenz des Antrages sympathisch ist, so möge er doch dafür stimmen oder wenigstens an der Befassung des Antrages schon jetzt mitarbeiten. Die Herren von der Rechten freilich haben es schon längst ausgegeben, nämlich vor der Öffentlichkeit mit uns zu diskutieren. Sie stülzten aus der Öffentlichkeit, um in kleinen Kreisen die Verhandlungsaktion zu betreiben. Die „Post“ geht in ihrer Furcht vor der Öffentlichkeit so weit, vorzuschlagen, daß alle freundschaftlichen Blätter über die Reden der Sozialdemokraten gar nicht mehr berichten. Und kann das natürlich nicht hindern, unsere Ansicht auch weiter zu thun, und ich kann Sie nur bitten, unserem Antrage zuzustimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Wolfenbühler wird in namentlicher Abstimmung bei Anwesenheit von 233 Abgeordneten mit 192 gegen 41 Stimmen abgelehnt.

§ 12 bestimmt in der Kommissionsfassung, daß das Zolltarif-Gesetz an einem durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats festzusetzenden Tage, spätestens am 1. Januar 1903, in Kraft tritt.

Abg. Dr. Paasche (natl.) beantragt Wiederherstellung der Regierungsvorlage, wonach der Zeitpunkt des Inkrafttretens durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats bestimmt wird.

Abg. Albrecht (Soz.) und Genossen beantragen folgende Bestimmung: „Der Zeitpunkt, mit dem das Gesetz in Kraft tritt, wird durch ein besonderes Gesetz bestimmt.“

Im Falle der Ablehnung dieses Antrages beantragen Abg. Albrecht und Genossen als Eventualantrag die Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Abg. Gothein (fr. Sp.):

Wenn die Kommissionsfassung angenommen wird, so könnte nach Kündigung der Handelsverträge leicht ein vertragsloser Zustand eintreten. Der Einwand, in der Zwischenzeit, die die Kommissionsfassung gelassen hat, könnten leicht Handelsverträge abgeschlossen werden, ist hinfällig. Ich weiß nicht, ob die Mehrheit ernstlich hofft, vor Weihnachten, wie gerüchelt wird, den Zolltarif in zweiter und dritter Lesung fertig zu stellen. Das könnte doch nur geschehen, wenn sie sich über alle Bestimmungen der Geldfußordnung hinwegsetzen wollte. Bei einer solchen Beratung könnte der Zolltarif auf keinen Fall lange vor Schluß dieser Reichstags-Session verabschiedet werden. Dann könnte er etwa am 1. Juni 1903 veröffentlicht werden. Die Verhandlungen über Handelsverträge aber haben schon früher stets geraume Zeit in Anspruch genommen. Um wie viel mehr wird das bei diesem Tarifmonstrum der Fall sein! Wenn nach dem Kommissionsbeschlusse ein bestimmter Termin für den Abschluß von Handelsverträgen festgelegt werden soll, so besteht die Gefahr, daß dieser Termin von anderen Staaten ausgenutzt wird, um die Verhandlungen künstlich zu ver-

zögern und unsere Regierung zu nötigen, im letzten Augenblick Zugeständnisse zu machen. Da die deutsche Regierung gebunden ist an den Tarif, so kann dann leicht ein vertragsloser Zustand entstehen. Gerade die Herren, die sich immer über die mangelhafte Vorbereitung des jetzigen Tarifs beklagt haben, sollten gegen eine solche Ueberfälligung der Handelsvertrags-Verhandlungen, bei der unter Umständen überhaupt kein brauchbarer Handelsvertrag zu Stande kommt, Front machen. Es besteht in den industriellen Kreisen vielfach die Suggestion, der Abschluß von Handelsverträgen auf Grund des vorliegenden Zolltarifs sei so gut wie gesichert. Es ist bekannt, in welcher Weise sich gewisse maßgebende Beamte bemüht haben, eine solche Meinung in den industriellen Kreisen hervorzurufen. (Hört! hört! links.) Besonders der Vater des Tarifentwurfs, Graf Posadowsky, hat auf diesem Gebiet Erstauskünfte geleistet. Wir haben aber vom Reichsanwalt noch kein Wort darüber gehört, daß er die Sicherheit habe, auf Grund dieses Tarifs günstige, langfristige Handelsverträge mit dem Ausland abzuschließen. Es besteht eine so große Unsicherheit, daß ich mich an die Worte eines Liebhabers erinnern möchte, der auf die Frage: „Wie weit bist du mit deinem Mädchen? Verdient ihr euch endlich verloben?“ antwortete: „Wir sind halb eing. Ich will!“ (Große Heiterkeit.) Mit einer solchen halben Einigkeit, mit dem Willen der Regierung allein ist uns aber nicht geholfen. Es gehört die Einigkeit auf beiden Seiten dazu. Wir sehen ja hier, wie schwer es für Liebende ist, zusammenzukommen, trotzdem doch bei der Verständigungsaktion auf beiden Seiten der gute Wille vorhanden ist. Um wie viel schwerer wird es sein, zu günstigen Handelsverträgen zu kommen, zumal ja hinter den Regierungen noch die Parlamente stehen und die Konservativen in der „Deutschen Tageszeitung“ erklärt haben, Handelsverträge aufs äußerste bekämpfen zu wollen, falls sie ihren Interessen nicht entsprechen. Der Herr Reichsanwalt hat sich auch wohl gehütet, jemals die Sicherheit auszusprechen, daß er mit den Sätzen der Regierungsvorlage zu günstigen Handelsverträgen kommen werde, er hat stets nur gesagt, er glaube, dies Ziel noch erreichen zu können. Der Glaube des Herrn Reichsanwaltes ist doch aber etwas sehr Individuelles; mit dem Glauben allein kann man auf politischem Gebiet niemand befehlen. Eventuell wäre eine langfristige Verlängerung der Handelsverträge im Interesse der Industrie durchaus notwendig. Dieser Gedanke ist auch in der nationalliberalen Presse mit Hoß und Spott liberalisiert worden. Die Herren haben aber nicht bedacht, daß sie sich damals gegen den Herrn Reichsanwalt selbst wendeten. In der Berliner Korrespondenz der „Süddeutschen Reichskorrespondenz“ hieß es: „Aus einer parlamentarischen Äußerung des Herrn Reichsanwaltes wird nicht mit Unrecht gefolgert, daß die Verlängerung der bestehenden Handelsverträge mit Rücksicht auf die allseits gewünschte Stabilität der wirtschaftlichen Verhältnisse diejenige Eventualität ist, deren praktische Durchführung in erster Linie beabsichtigt wird.“ Es ist klar, daß diese Äußerung hochoffiziöser Natur ist und es ist auch klar, daß, falls der Tarif scheitert, dieser Ausweg allein übrig bleibt. Die Verlängerung der Handelsverträge würde der Reichstag sicher annehmen, wenn nur die Regierung fest bleibt. Auch bei der Juder-Convention waren ja unsere hochwürdigen Staatsmänner in großer Majorität und waren sehr überrascht, als die Vorlage mit solcher Majorität angenommen wurde. Das hatten sie gar nicht erwartet, ich weiß das ganz positiv. Also bleibt die Regierung fest, so muß der Reichstag die Verlängerung der Verträge annehmen. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Paasche (natl.):

Wir haben den Antrag gestellt, die Regierungsvorlage wiederherzustellen, weil wir nach den Erklärungen der Regierung in der Kommission nicht daran denken können, durch die Einstellung eines bestimmten Termins bessere Zustände zu schaffen. Herr Gothein sprach davon, daß auch die nationalliberale Presse sich gegen die Verlängerung der bestehenden Verträge ausgesprochen habe. Wir sind eben überzeugt, daß bei der heutigen Zusammenkunft des Reichstags — und viel anderer wird der Reichstag wohl auch nach den Wahlen nicht aussetzen (Widerspruch links) — diese Verlängerung kaum annehmen wird. Wenn das aber nicht geschieht, so wäre uns handelspolitische Situation eine sehr schlechte. Aus industriellen Kreisen werden wir jetzt ständig befehle, diesen, wie Herr Gothein sagte, hochaustragenden Tarif zur Annahme zu bringen. (Widerspruch links.) Ja, es geschieht Zeichen und Wunder! In den eignen Kreisen des Handelsvertrags-Bereins regt es sich heute. (Unruhe links.) Wir haben verschiedene Industrielle gefragt, daß sie das Geld, das sie für den Handelsvertrags-Bereins ausgegeben haben, am allermeisten bedauern. (Andauernde Unruhe links.) Den Beschluß der Kommission bekämpfen wir vor allen, weil er dem § 11 der Reichsverfassung widerspricht, wonach der Kaiser Verträge mit fremden Staaten abschließt. Solche Verträge unterliegen lediglich der Genehmigung des Reichstags. Das Recht der Kündigung der Handelsverträge ist überhaupt Sache der Krone, und in dieses Recht wollen wir nicht eingreifen. Sodann haben wir allerdings das Risiko, daß die Herren auf der äußersten Rechten den Wunsch haben, den autonomen Tarif Gesetz werden zu lassen, um dann einen vertragslosen Zustand herbeizuführen. Deshalb halten wir die Fassung der Regierungsvorlage für das Beste. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Stadthagen (Soz.):

Ich konstatiere, daß die Nationalliberalen hier bereits Anträge aufgreifen, die wir in der Kommission gestellt haben, die aber die Nationalliberalen dort abgelehnt haben. (Hört! hört! bei den Soz.) Das ist wohl der beste Beweis für die zwingende Nichtigkeit unserer Anschauungen. Herr Paasche äußerte als eine Ratmachung oder Befestigung einzelner seiner Freunde, daß ein Teil der Konservativen einen vertragslosen Zustand wolle. Das ist nicht nur eine Vermutung, sondern Wirklichkeit. Die konservativ-meritale Mehrheit des Reichstags strebt einen vertragslosen Zustand an. Was hätte für sie der autonome Tarif für einen besonderen Wert, wenn er nicht in Kraft treten soll? Wie die Handelsverträge aussehen werden, wissen wir ja nicht. Selbst Herr Paasche ist nicht einmal der Ansicht, daß jedem Handelsvertrage unter allen Umständen zugestimmt werden muß. Ich danke aber Herrn Paasche für sein Eingeständnis, daß dieser Tarif, wenn er als autonomer Tarif in Kraft tritt, den Ruin Deutschlands bedeuten würde. Die Frage, ob Handelsverträge gemacht werden sollen oder nicht, hängt aufs allerengste zusammen mit der Befassung des § 12. Der Abschluß von Handelsverträgen ist eine reine Geschäftssache, mit diplomatischen Kniffen kommt man dabei nicht aus. Die Handelsverträge werden diktiert von den Interessen der einzelnen Länder, die sich zahlenmäßig ausdrücken lassen. Von einer Ueberlistung oder Ueberbortellung, wie sie die Mehrheit der Kommission zu befürchten scheint, kann dabei gar keine Rede sein. Handelsverträge bedeuten einen Ausgleich der Interessen, der allerdings durch das System der Schutzzölle außerordentlich erschwert wird. Herr Paasche glaubt, daß Handelsverträge unter Zugrundelegung des vorliegenden Tarifs das Ziel seien, auf das er glaubt, die Mehrheit loslösen zu können. Er sprach von einer Verschleierung der Anschauungen und erklärte als Beweis einzelne Industrielle, die ihre Beiträge für den Handelsvertrags-Bereins bereuen. Er sah diesen Verein um die Gelder dieser Herren zu beneiden. (Ob! bei den Nationalliberalen.) Hoffentlich hat er sich die Adressen dieser Herren notiert und sie dem Kaiser seiner eignen Partei mitgeteilt. (Heiterkeit.) Es mag sein, daß ein paar Großindustrielle ihre Anschauungen geändert haben, für die Arbeiter hat sich nichts verändert, ihre Ansicht über die Gemeingefährlichkeit des Tarifs bleibt dieselbe. Dieselbe Angst aber, die die Industriellen geleitet hat, äußert sich auch hier im Reichstage. Die Konservativen empfinden Angst vor dem Bund der Landwirte, das Centrum vor den Konservativen und dem Bund der Landwirte, und die ganze Mehrheit hat Angst, daß sie, wenn sie unter Weiden anhört, doch noch eines Besseren überzeugt werden könnte. (Heiterkeit.) Deshalb weißt sie außerhalb des Saales, sofern nicht die lex Rich-

ter sie zur Anwesenheit zwingt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die „Korrespondenz“ hat ja sogar empfohlen, die sozialdemokratischen Reichstagsredner höchstens in der allerknappsten Form mitzutreten. Das ist eine schöne Anerkennung für die unentbehrliche Stetigkeit unserer sozialdemokratischen Ideen. Früher versuchten die Konservativen — ich meine nicht die Abgeordneten dieses Hauses (Heiterkeit) — die Sozialdemokratie totzuschlagen, jetzt will man uns totschweigen, und später wird man uns vielleicht totzureden versuchen. Heute glauben die Konservativen ihre Anhänger vor jeder Belamtheit mit unseren Ideen bewahren zu müssen. Wenn Herr Paasche Handelsverträge auf jeden Fall will, warum tritt er dann nicht für das Fortbestehen der jetzigen Verträge oder für einen Tarif ein, der günstige Vertragsablässe ermöglicht. Wenn Herr Paasche durch seinen Antrag den möglichst baldigen Abschluß von Handelsverträgen herbeiführen will, so erinnere ich ihn daran, daß einzelne Teile der Gewerbe-Ordnungs-Novelle, bei der auch Kaiser und Bundesrat zur Bestimmung des Termins des Inkrafttretens ermächtigt werden, erst neun Jahre nach Verabschiedung der Novelle in Kraft gesetzt worden sind. Seine Bedenken gegen die Kommissionsfassung erinunt Herr Paasche hauptsächlich aus § 11 der Verfassung, wonach der Kaiser allein das Recht hat, Verträge abzuschließen. Dieses Recht ist aber durch die Einfügung neuer Minimalsätze in § 1 Abs. 2 des Zollgesetzes noch viel mehr eingeschränkt als durch diese Bestimmung. Wir beantragen nun, daß über das Inkrafttreten des Gesetzes durch ein besonderes Gesetz entschieden wird. Sind doch weite Kreise der Agrarier selbst außerhalb dieses Hauses absolut im Unklaren darüber, was eigentlich dieses Gesetz bringt. In einer öffentlichen Versammlung sprachen der konservative Generalalltags-Syndikus in Breslau und ein dortiger Centrumsmann von dem 5. März-Joll der Caprivischen Handelsverträge. Die Herren wissen also gar nicht, daß es sich hier um eine bedeutende Erhöhung der bestehenden Rölle handelt, sondern meinen, es handele sich um die Erhaltung des Jolls der Caprivischen Handelsverträge, die von ihren Freunden im Reichstag aufs schärfste bekämpft werden. Die „Schlesische Zeitung“ hat diese Äußerung ohne Bemerkung wiedergegeben, hält sie also auch für richtig. Unter diesen Umständen müssen wir den Herren erst einige Zeit lassen, sich über den Inhalt des Tarifs zu informieren.

Wir wollen, daß der Zolltarif nicht eher in Kraft tritt, ehe die ungeheure Belastung des Volkes, die er mit sich bringt, wieder gut gemacht ist. Die Gehälter der Beamten, die Löhne der Arbeiter müssen zunächst erhöht, dem Arbeiter muß erhöhte Arbeitsgelegenheit geschaffen werden, damit sie für die Verteuerung ihrer Lebenshaltung einigermaßen entschädigt werden. Auch die Rücksicht auf die Wähler bestimmt uns zur Einbringung unseres Prinzipalantrages. Die Wähler sind in ihrer großen Mehrheit gegen diesen Zolltarif und müssen das Recht haben, bei den bevorstehenden Wahlen Abgeordnete zu wählen, die ihre wirkliche Ansicht zum Ausdruck bringen. Dazu wird ihnen durch unsern Antrag Gelegenheit gegeben. Wollen Sie aber den Prinzipalantrag nicht, so meine ich allerdings, daß, wer in der That Handelsverträge wünscht, für unsern Eventualantrag und damit für den Antrag Paasche stimmen muß. Leider ist ja die große Mehrheit des Hauses auch bei dieser wichtigen Materie nicht im Saale anwesend. Es wäre wirklich nötig, daß in den Restaurationsräumen Phonographen aufgestellt werden, damit die Herren auch dort in der Lage sind, unsere Gründe zu vernehmen. (Heiterkeit.) Ich hoffe aber, daß die hier anwesenden Abgeordneten alles thun werden, um ihre Freunde draußen wenigstens zur Annahme unseres Eventualantrages zu bewegen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schrader (fr. Sp.):

Ich nehme an, daß der Kommissionsantrag keine Mehrheit finden wird. Es hatten sich ja einige Herren von der Mehrheit zum Worte gemeldet, haben aber ihre Rede zurückgezogen. Sie haben sich also jedenfalls von den Ausführungen des Herrn Paasche überzeugen lassen. Herr Paasche hat sich auf einige Großindustriellen im Handelsvertrags-Bereins berufen. Ich lege auf das Urteil dieser Herren kein besonderes Gewicht. Als der Entwurf der Regierung kam, erklärten sie ihn für unannehmbar, jetzt nach einem Jahre, wo der Entwurf noch verschlechtert ist, sind sie der Ansicht, daß mit ihm gute Handelsverträge abzuschließen sind. Mit solchen Herren können wir nicht rechnen. (Sehr richtig! links.) Die große Mehrheit der Industriellen ist stets entschiedener Gegner dieses Zolltarifs gewesen. Ich bitte Sie also, im Interesse der Ermöglichung langfristiger Handelsverträge den Antrag Paasche anzunehmen. (Beifall links.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Ich beschränke mich auf eine kurze Erklärung. Die verbündeten Regierungen können eine Bestimmung, die das Inkrafttreten des Gesetzes an einen bestimmten Termin bindet, nicht annehmen. Wir können uns keinen solchen Termin vorschreiben lassen. Ich habe die Gründe hierfür eingehend in der Kommission auseinandergesetzt. Die Führer der Parteien, die den Kommissionsbeschlusse gefaßt haben, sind vollkommen informiert über die schwerwiegenden Gründe, die diesen Antrag unannehmbar erscheinen lassen. Ich bitte Sie deshalb bringend, die Regierungsvorlage wieder herzustellen.

Abg. Graf Limburg-Stirum (L.):

Ich habe mit einigem Behagen die Erklärungen der freisinnigen Herren über die diskutierenden Industriellen des Handelsvertrags-Bereins gehört. Herr Gothein und seine Freunde wollen weder höhere Agrar-, noch höhere Industriezölle. Jene Herren von der Industrie aber dachten sich: Wir wollen keine Agrar-, aber Industriezölle. (Unruhe bei den Freisinnigen.) Da das nicht ging, so haben diese Herren als gute Geschäftsleute doch lieber die Agrarzölle mit in Kauf genommen. (Sehr gut! rechts.) Meine politischen Freunde sind der Meinung, daß beim § 12 der Kommissionsbeschlusse das Richtige trifft. Die bestehenden Handelsverträge, die auf Kosten der Landwirtschaft und der Industrie abgeschlossen sind, müssen auf das schärfste bekämpft und sobald wie möglich aus der Welt geschafft werden. (Lebhaftes Zurufe: Hört! hört! links.) Diese Handelsverträge können und sollen durch neue ersetzt werden. Aber die handelspolitische Lage Deutschlands ist so, daß Deutschland gute Handelsverträge von seinen Kontrahenten erzwingen kann. (Große Unruhe links.) Wenn wir nach dem Kommissionsbeschlusse einen Termin festsetzen, fänden wir die Stellung der Regierung. Besser als schlechte Handelsverträge ist ein Zustand der Vertragslosigkeit. (Hört! hört! links.) Man soll, wenn man heute Handelsverträge will, keinen Zweifel darüber lassen, daß man eventuell sich auch vor einem Zollkrieg nicht scheut. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich bitte Sie um Annahme des Kommissionsbeschlusses. (Lebh. Beifall rechts.)

Abg. Dr. Spahn (L.):

Meine Parteigenossen sind nach eingehender Beratung zu dem Entschlusse gekommen, den Kommissionsbeschlusse fallen zu lassen. (Bewegung links.) Den Gründen, die in der Kommission von der Regierung geltend gemacht wurden, daß nämlich dieser Beschluß eine Erschwerung des Abschlusses von Handelsverträgen bedeute und die Regierung in eine Zwangslage bringen könne, haben wir uns nach eingehender Erörterung aller Möglichkeiten nicht verschließen können. Unser Beschluß ist gefaßt, bevor die heutige Erklärung des Grafen Posadowsky erfolgte.

Abg. Gothein (fr. Sp.):

Ich polemisiere gegen die Abg. Paasche und Graf Limburg-Stirum.

Damit schließt die Diskussion. In namentlicher Abstimmung wird zunächst der sozialdemokratische Prinzipalantrag mit 230 gegen 46 Stimmen abgelehnt. Es folgt die namentliche Abstimmung über den Antrag Paasche auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Dieser Antrag wird mit 196 gegen 76 Stimmen angenommen. Dafür stimmen die Sozialdemokraten, Freisinnigen, Nationalliberalen, das Centrum mit Ausnahme des bayerischen Fingels, ein Teil der



**Moabit! 6. Wahlkreis! Moabit!**  
 Donnerstag, 27. November 1902, abends 8 1/2 Uhr, im Moabiter Gesellschaftshaus,  
 Alt-Moabit 80 81 (Petres):

# Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen Reichstags-Abgeordneten G. Ledebour über: Die politische Lage.  
 2. Diskussion.  
 Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein  
**Der Vertrauensmann.**

220/7\*

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr:  
**General-Versammlung**  
 bei Keller, Koppenstraße 29.

Tages-Ordnung:  
 Rapport vom J. Quastel. Bericht des Vorstandes, des Arbeitsvermittlers und der Kontrollkommission. Stichwahl für die Ortsverwaltung (Beisitzer).

Weitere Stellungnahme zu dem Innungsnachweis.

Antrag auf Ausschluß der Mitglieder **Quandt**, Buchnummer 11 447, und **Jankke**, Buchnummer 101 562.

Dieselben sind hierdurch zu dieser Versammlung eingeladen.

Eintritt nur mit Mitgliedsbuch.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht  
 Die Ortsverwaltung.

91/15

## Innungs-Krankenkasse der Glaser-Zwangs-Innung zu Berlin.

**Bekanntmachung.**

Die vom Herrn Polizeipräsidenten genehmigte I. Abänderung des Statuts der Innungs-Krankenkasse der Glaser-Zwangs-Innung zu Berlin trat erst vom 1. November 1902 in Kraft, was hiermit zur Kenntnis gebracht wird.

Der Vorstand:  
**H. Caspar**, Vorsitzender.

## Musikwerke,

mit auswechselbaren Notenrollen. Schönste Kompositionen. Geringe Teilzahlung. **Neus Königstr. 47, II Treppen, Alexanderplatz.** 156692\*

Der Substanzpaar Lehmann mit der schönen frische Durchsicht. Hat heute Geburtstag und seine Gäste haben Durchsicht. Die Reherchen Dichter, die heit sich bezeichnen. Sie wünschen sich „Dell“. Nu aber laßt s'ich!

## Orts-Krankenkasse der Gürtler.

Am Sonntag, den 30. d. M., vorm. 9 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, stattfindende

## Ordentlichen General-Versammlung

werden die Herren Vertreter der Kassenmitglieder und der Arbeitgeber hiermit ergebenst eingeladen.

Tages-Ordnung:

1. In getrennter Versammlung: Renoual des Vorstandes (4 Arbeitgeber, 8 Arbeitnehmer). 2. In gemeinsamer Versammlung: Wahl einer Kommission zur Prüfung der Rechnungen des laufenden Jahres. 3. Rezise-Bertrag für das Jahr 1903. 4. Verschiedenes.

Nach Schluß dieser Versammlung findet dabeist eine General-Versammlung für die Mitglieder der Invalidentasse der Gürtler statt.

Tagesordnung:  
 1. Renoual des Vorstandes. 2. Wahl einer Kommission zur Prüfung der Rechnungen des laufenden Jahres. Berlin, den 26. November 1902.

Der Vorstand:  
**G. Kneiff**, Vorsitzender.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.  
 Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353

## Achtung! Klempner.

Die Mitglieder der Orts-Krankenkasse der Klempner werden dringend ersucht, die am 29. d. M., Engel-Ufer 15, Saal I, stattfindende

## Versammlung

zu besuchen. — Das Mitgliedsbuch der Krankenkasse ist mitzubringen und haben die Kollegen sich ihr Buch vom Arbeitgeber ausshändigen zu lassen.  
 Die Ortsverwaltung.

## Gese- u. Diskutierklub Südost

Heute Donnerstagabend 8 1/2 Uhr bei Toltzsdorf, Görtzgerstr. 58:

## Vortrag des Herrn Dr. Lilienthal

über:  
**Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.**

Gäste willkommen. Der Vorstand.

202/15

## A. Rossbachschultze

Juwelier und Goldschmiedemeister

110 Chausseestr. Berlin N. Chausseestr. 110

Um mein reiches, wohlortiertes Lager in

**Juwelen, Gold-, Silber- u. Altenidewaren u. Uhren**

zu verkleinern, veranstalte ich zu bedeutend herabgesetzten Preisen einen **Weihnachtsverkauf** und empfehle besonders **Armbänder, Broschen, Ohrringe, Ringe, Knöpfe, Ketteln, Bestecke, Löffel, Myrthenkränze** in reichster Auswahl. 50/1\*

# Donnerstag, den 27<sup>ten</sup>, Freitag, den 28<sup>ten</sup>, Sonnabend, den 29<sup>ten</sup> November

kommen folgende neu eingetroffenen Artikel zu **kolossal billigen Preisen**

zum Verkauf.

Ein grosser Posten **Tapisserien**, bestehend aus **Läufern, Decken, Wäschebeuteln, Wandschonern, Paradehandtüchern, Handschuhkasten, Kragenkasten, Bürstentaschen** und so weiter.

Ein grosser Posten **Frottier-Handtücher und Frottier-Laken.**

Ein grosser Posten **farbige, weisse und schwarze Schleiertülls** in modernsten Geweben, Meter 15 Pfennige. 49/20

Ein Posten wundervolle **Straussfeder-Boas.**

Grosse Posten **gemusterte Seidengazens und gemusterte Sammete.**

Tausende Reste von bunten und weissen **Parchenden, Handtüchern, Tischtüchern.**

## HERMANN ENGEL

Landsberger Strasse 86/87.

Reinickendorfer Strasse 8a,  
 am Nettelbeckplatz und Bahahof Wedding.

Potsdamer Strasse 108.

**fritz Preuss**  
 74a Belle-Alliancestrasse 74a, Ecke Bergmannstrasse, empfiehlt Freunden und Bekannten sein **Weiss- und Bayrisch-Bierlokal** nebst Vereinszimmer für 50 Personen.

**Hans Kayser**  
 SO., Kiehlholzstrasse, Platz 9, empfiehlt sein grosses Lager in **Brennmaterialien** zu billigsten Preisen. L\*

**Sofastoffe**  
 Riesenauswahl aller Qualitäten. **Wolle, Reste, Moquets, Blüsch, Satteltaschen.** Muster bei näherer Angabe franco. **Emil Lefèvre, Berlin, 158, Oranienstr.**

Zum Besten von **Carl Marhold** in Halle a. S. ersuchen wir: **Das dritte Geschlecht. Gleichgeschlechtliche Liebe.** Beiträge zum homosexuellen Problem von W. Braunschweig. — Preis 1 M. Die Liebe zum eigenen Geschlecht, das ist ja das homösexuelle Problem, interessiert Staat wie Gesellschaft, besonders die Gesellschaft, die in zunehmender Ausdehnung ihrer zusammengesetzten Moral nicht sieht, daß sie diese neue soziale Klasse züchtet. Wie Homosexuellen sind mehr oder weniger ihre eigenen Sklaven; in dem Defekt der Homosexualität schlummern Keime, aus denen Kultur und Untergang entsprossen können.

# Paul Burows Möbel-Fabrik

Berlin SW. Linden-Strasse 105.  
**Komplette bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen.**

Mein Etablissement habe ich mit dem heutigen Tage von der Neuen Schönhauserstr. 2 nach den Pracht-Räumen des Hauans **Linden-Strasse 105** (nahe der Markthalle und Belle-Alliance-Platz)

verlegt. Bei dieser Gelegenheit sage ich meiner geehrten Kundschaft für das mir entgegengebrachte langjährige Vertrauen freundlichen Dank und bitte höflichst, das selbe auch meinem neuen Unternehmen gütigst bewahren zu wollen.

Mein reich assortiertes Lager enthält **kompl. Wohnungs-Einrichtungen jeder Holz- und Stilart**, von den allereinfachsten bis zu den elegantesten, und bietet mein langjähriges Renomé Garantie für Realität, Gediegenheit und Preiswürdigkeit meiner Erzeugnisse, was auch einige folgende Anerkennungs-schreiben beweisen!

Solingen, den 17. Juli 1902, Brückenstr. 14.  
 Herrn **Paul Burows** Möbelfabrik, Berlin.  
 Teile Ihnen gerne mit, dass ich mit den von Ihnen bezogenen Möbeln zu meiner vollsten Zufriedenheit bedient worden bin.  
 Meine Bekannten, denen ich die einzelnen Preise mitteilte, waren von der Billigkeit überrascht, wie auch ich die Preiswürdigkeit hervorheben kann.  
 Ich bemerke noch, dass man sich nach Ihrem Kataloge ein genaues Bild machen kann, sowie dass meine Erwartungen vollständig eingetroffen sind.  
 Bei Erscheinen Ihres neuen Kataloges bitte ich um Übersendung eines solchen, da ich in nächster Zeit, noch einiger Gegenstände benötige.  
 Hochachtungsvoll  
**Peter Heilmann**, Vermess-Techniker.

Forst, den 10. September 1902.  
 Herrn **Paul Burow**!  
 Für die coulant und gediegene Ausführung der von Ihnen gelieferten Ausstattungsmöbel, sage Ihnen meinen besten Dank. Sehr zufrieden mit Ihrer Sendung sowohl an Pünktlichkeit, wie Solidität, solle ich Ihnen meine volle Anerkennung und kann Ihre Fabrikate nur empfehlen.  
 Hochachtungsvoll  
**Carl Altmann.**

Hiermit spreche ich Herrn **Burow** meine Anerkennung aus für die in seiner Fabrik hergestellte Möbel-Ausstattung meiner Tochter. Selbige ist gut und gediegen ausgeführt und waren die Preise solid, so dass ich zufrieden war und auf meine Empfehlung

andere Verwandte ebenfalls in Herrn **Paul Burows** Fabrik Wirtschaftseinrichtungen bestellen.  
 Achtungsvoll  
 Frau Rentiere **Fronholz**,  
 Halensee, Johann Sigismundstrasse 3.  
 Berlin, 13. September 1902.  
 Herrn **Paul Burows** Möbelfabrik, hier.  
 Recht gern bestätige ich Ihnen, dass ich mit der bei Ihnen gekauften Hoteleinrichtung sehr zufrieden war. Auch mit der später gekauften Ausstattung hat dieselbe in jeder Weise meine volle Zufriedenheit gefunden, so dass ich mich stets bei Bedarf Ihrer werten Firma bedienen werde.  
 Hochachtungsvoll  
**M. Klemm**, Hotelbesitzerin.

Ich teile Ihnen gern mit, dass ich mit der von Ihnen gekauften Möbelausstattung sehr zufrieden bin. Dieselbe zeichnet sich durch Haltbarkeit, saubere Ausführung und Billigkeit aus, und werde ich Ihre Firma Bekanntenkreisen immer empfehlen.  
 Hochachtungsvoll  
**Hensig**,  
 Berlin, Sophienstrasse 10.

Ich kaufte bei **Paul Burows** Möbelfabrik bereits die zweite Wohnungseinrichtung und bescheine gern, entschieden reell und gut bedient worden zu sein.  
 Berlin, 2. September 1902.  
 Frau **Beck**, Rentiere.

Meine von Ihnen bezogene Einrichtung ist, wie ich es erwartete, zufriedenstellend ausgefallen, was ich Ihnen hiermit bestätige; auch von meinen Verwandten und Bekannten ist dieselbe bezüglich der Sauberkeit und Billigkeit anerkennend beurteilt worden, so dass ich Ihr Etablissement jedermann empfehlen kann.  
 Hochachtungsvoll  
**Marie Krause**,  
 Berlin, Strussburger Strasse 33.

Bad Pyrmont, den 3. September 1902.  
 Herrn **Paul Burow**, Möbelfabrikant, Berlin.  
 Indem ich Ihnen noch nachträglich meinen besten Dank für die mich sehr befriedigende Effektuierung und die tadellose Verpackung des Meublements hierdurch ausspreche, ersuche ich Sie um gefl. Zusendung Ihres neuen Kataloges, indem ich eine Nachbestellung machen will.  
 Hochachtungsvoll  
**Heinrich Reichardt**, Königl. Zugrevisor a. D.

Eisleben a. Harz, den 18. September 1902.  
 Königs-Str. No. 25.  
 Herrn **Paul Burows** Möbel-Fabrik, Berlin C. 29.  
 Sehr gerne bestätige ich Ihnen, dass ich mit den aus Ihrer Fabrik bezogenen Möbeln in jeder Hinsicht zufrieden gewesen bin. Ich habe schon mehrfach auch von andren Geschäften bezogen, jedoch erfahren, dass Sie bei gleicher solider, eleganter und geschmackvoller Ausführung billiger Preise notieren, als manche andre Geschäfte der gleichen Branche. Bei fernern Bedarf werde ich mich stets an Ihre Firma wenden.  
 Hochachtungsvoll  
**K. Fehr**, von Waltershausen.

# Warenhaus A. Wertheim

Leipzigerstr. 132-135 (Versand-Abteilung)  
Rosenthalerstr. 27-29. — Oranienstr. 52-55

## Konserven

Extra feine Schoten $\frac{1}{2}$ Dose 90 Pf.	Pfefferlinge $\frac{1}{2}$ Dose 50 Pf.	Bratheringe Dose 47 Pf.
Schoten I $\frac{1}{2}$ Dose 80 Pf.	Kohlrabi $\frac{1}{2}$ Dose 30 Pf.	Bismarckheringe Dose 47 Pf.
Schoten und Karotten $\frac{1}{2}$ Dose 60 Pf.	Stangenspargel II $\frac{1}{2}$ Dose 1.30	Delikatessheringe $\frac{1}{2}$ Dose 83 Pf.
Schoten und Karotten $\frac{1}{2}$ Dose 35 Pf.	Stangenspargel II $\frac{1}{2}$ Dose 70 Pf.	Delikatessheringe $\frac{1}{2}$ Dose 52 Pf.
Gemischt. Gemüse I <sup>a</sup> $\frac{1}{2}$ Dose 1 Mk.	Stangenspargel III $\frac{1}{2}$ Dose 1.10	Russische Sardinen Anchovis Glas 25 Pf.
Gemischt. Gemüse $\frac{1}{2}$ Dose 60 Pf.	Stangenspargel III $\frac{1}{2}$ Dose 60 Pf.	Appetid Sild Glas 40 Pf.
Gemischt. Gemüse $\frac{1}{2}$ Dose 35 Pf.		Corned Beef Dose 1.25 Mk.

Ferner treffen noch ein:

Apfelsinen Dtz. 30, 45, 55 Pf.	Mandarinen
Kiste ca. 240 Stück 10 Mk.	Kiste ca. 25 Stück 1.25 Mk.

Ein grosser Posten **Feiner Cognac** aus einer ersten ungarischen Cognac-Brennerei **1.90**

**Gänse** Pfund **58 Pf.**

Ferner Verkauf eines ganzen Fabriklagers

## Steingut-Artikel

Speiseteller 6 Pf. statt 10 Pf.	Kaffeekannen 35 Pf. statt 80 Pf.	Vorratstonnen 23 Pf. statt 38 u. 45 Pf.
Butterteller 4 Pf. statt 8 Pf.	Kaffeetassen bunt 9 Pf. statt 20 Pf.	Salz- u. Mehlmesten 30 bis 48 Pf. statt 45 Pf. bis 1.20 Mk.
Terrinen 55 Pf. statt 1.20 Mk.	Kaffeetassen weiss 6 bis 8 Pf. statt 15 bis 18 Pf.	Gewürztonnen 10 Pf. statt 15 u. 18 Pf.
Kasernennäpfe 15 Pf. statt 27 Pf.	Kaffeetöpfe 5 bis 9 Pf. statt 10 bis 15 Pf.	Nudelrollen 25 Pf. statt 45 Pf.
Kartoffelschüsseln 33 u. 60 Pf. statt 70 Pf. u. 1.20 Mk.	Milchtöpfe weiss 5 Grössen 6 bis 28 Pf. statt 12 bis 55 Pf.	Waschgarnituren 5 Mk. statt 9.50
Salatschalen weiss 5 Grössen 8 bis 18 Pf. statt 15 bis 35 Pf.	Milchtöpfe bunt 5 Grössen 10 bis 38 Pf. statt 20 bis 75 Pf.	Kinder- " 1.50 statt 3 Mk.
Salatschalen bunt 7 Grössen 8 bis 30 Pf. statt 15 bis 60 Pf.	Butterbüchsen 10 u. 25 Pf.	Schüsseln rund 4 Grössen 13 bis 25 Pf. statt 25 bis 50 Pf.

**Glas** Theegläser mit Bordüre 10 Pf.  
Bierbecher mit Bordüre 10 Pf.

**Porzellan** Kaffeeservice 9 Teile 1.90 Mk.  
Tafelservice 30 Teile 13 Mk.

## Emaile

Petroleum-Heizöfen „Perfection“

schwarz 16.50 Mk., mit vernickelten Verzierungen 18 Mk.

**Eimer**  
ca. 28 cm Durchmesser  
grau 75 Pf. hellblau 80 Pf.

**Ovale Wannen** 4 Grössen 1.45 bis 2.35 Mk.  
**Wasserkessel** dekoriert, 4 Grössen 1.30 bis 2.50 Mk.  
**Kaffeekannen** dekoriert, 4 Grössen 45 Pf. bis 1.40 Mk.

**Eimer**  
weiss, mit Deckel und Rohrbügel  
1.60 u. 1.80 Mk.





Bei der Arbeit verunglückt ist der 32 Jahre alte Eisendreher Max Müller aus der Schornsteinfabrik 9 zu Heindorf, der in der Maschinenfabrik von Klotz in der Chausseestraße beschäftigt war. Ein großes eisernes Rad, an dem er zu thun hatte, fiel ihm auf das rechte Bein und zerfahretete es.

Bermüht wird seit Montag der 35 Jahre alte Konfektionschneider Helmuth Weier aus der Wörtherstraße 22. Weier hatte seit zwei Jahren eine Arbeitsstube, in der er zwei Näherinnen und einen Hüter beschäftigte, mußte sie aber am Sonntagabend vor acht Tagen verlassen, da das Geschäft zu schlecht ging. Am Montag ging er von Hause weg, um geschäftliche Angelegenheiten zu erledigen, und kehrte nicht wieder zurück. Der Bermühte ist blaß und schlaff, hat dunkelblondes Haar und Schürbeard und trägt einen dunkelblauen Leberzieher, einen dunkelgrauen Jacketanzug, einen braunen feinen Filzhut und Zugstiefel.

### Aus den Nachbarorten.

Aus Spandau schreibt man uns: Einen von der Stadtverordneten-Versammlung im Januar dieses Jahres angenommenen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Veranlassung einer Wohnungsgesellschaft und Schaffung einer Wohnungsinspektion hat der Magistrat mit der Motivierung abgelehnt, daß die Durchführung dieses Antrages zu große Kosten verursachen würde. „Wohnungsverbesserungen“ würden jetzt schon von der Polizeiverwaltung besorgt und die „Wohnungsinspektion“ (I) gebore zum Geschäftskreis der Gesundheitskommission. Die Angelegenheit kommt in der heutigen Stadtverordneten-Sitzung zur Beratung.

Bei den Gewerbegerichtswahlen in Pantow ging die Liste der neun sozialdemokratischen Kandidaten glatt mit 245 Stimmen durch. Bei den Arbeitgeberwahlen siegte die Gegner mit 31 gegen 13 sozialdemokratische Stimmen. Infolge des Umstandes, daß auf der gegnerischen Liste ein Zimmermeister stand, dessen Namen gestrichen werden mußte, wurde durch das Los unser Parteigenosse Immert als Arbeitgeber-Beisitzer gewählt. Somit kommt auch hier bei Gelegenheit ein Sozialdemokrat in die Lage, Herrn Juhl davon zu überzeugen, daß ein Sozialdemokrat objektiv urteilen kann, vorausgesetzt, daß der Herr Cigarrenfabrikant überhaupt solcher Ueberzeugung zugänglich ist.

Die Schlachtsteuer in Potsdam hat die Gemüter in der zweiten Reichsstadt Preußens sehr erregt. Bei der Einführung eines unbeforderten Stadtrats hat der Oberbürgermeister Zähne allerlei Andeutungen über die, aus der eventuellen Aufhebung der

Schlachtsteuer drohenden Gefahr, gemacht. Die Steuerzuschläge würden sofort um 40 Proz. steigen. Der Verein für Handel und Industrie zu Potsdam hatte darum eine öffentliche Versammlung veranstaltet, um die Meinung über die Aufhebung oder das Fortbestehen der Schlachtsteuer zu hören. Der Referent Abg. Pauli bemühte sich eifrig, die ca. 500 Anwesenden davon zu überzeugen, daß es im Interesse aller läge, die Schlachtsteuer fortzusetzen zu lassen. Herr Pauli setzte sich in seinen Ausführungen aber auf einen derart gespannten Fuß mit aller Logik, daß er nur äußerst spärlichen Beifall erntete. Als sein Schildnappe trat ein leibhaftiger Hosiärländermeister für die Beibehaltung der Schlachtsteuer ein; allerdings mußte der Herr eingestehen, daß niemand von den übrigen Potsdamer Schlächtermessern seinen Standpunkt teilte. Mit diesem Gesicht traten der freisinnige Stadtverordneter Dr. Friedländer und der Hosielerant Blankenstein für die Aufhebung der Schlachtsteuer ein. Den Standpunkt der Arbeiterklasse vertrat unser Genosse Stab, welcher nicht nur die Aufhebung der harten und ungerechten Schlachtsteuer, sondern die Aufhebung aller Verbrauchssteuern überhaupt verlangte. Bei der Abstimmung hatte Herr Pauli wieder einmal Recht: 127 Anwesende erklärten sich für seinen Standpunkt, alle übrigen (d. i. mehr als 300) dagegen, das heißt für die Aufhebung der Schlachtsteuer! Das „Potsd. Intell.-Bl.“ begleitet dieses Resultat mit den tröstlichen Worten: „daß die äußerste Linke zahlreich auf dem Platze war, während konservative Kreise aus „Behinderungsgründen“ fern geblieben waren.“

### Verfammlungen.

Die Schuhmacher und ihre verwandten Berufsgruppen hielten am Dienstag eine auch von Frauen zahlreich besuchte öffentliche Versammlung bei Buggenhagen ab, in der Reichstags-Abgeordneter u. Elm über: „Krisen und die Aufgaben der Gewerkschaften“ sprach. Klar und treffend schilderte der Redner die Ursachen und Folgen dieser für die Arbeiter so verhängnisvollen Störungen des Wirtschaftslebens, gegen die die bürgerliche Gesellschaft kein Heilmittel kennt, und führte dann weiter aus, daß den Gewerkschaften unter diesen Umständen die Aufgabe zufällt, auf Abhilfe hinzuwirken, durch ihre arbeitslosen-Unterstützung die Opfer der Krise vor wirtschaftlichem und moralischem Untergang zu bewahren und schließlich auch noch dafür zu sorgen, daß die zum Schutze der Arbeiter erlassenen Gesetze auch wirklich durchgeführt werden. Mit einem Hinweis auf den Nutzen und die hohe kulturelle Be-

deutung der Gewerkschaften schloß der Redner seinen Vortrag, der sehr lebhaften Beifall fand. Sodann wies Brückner, der Vorsitzende der Schuhmacher-Vereine, an den für arbeitslosen-Unterstützung ausgegebenen Summen nach, in welche er während der Krise sich hier die Krisis geltend gemacht hat und forderte die Anwesenden auf, dafür zu sorgen, daß so wenig wie möglich Ueberzeitarbeit geleistet wird, damit wenigstens noch einige von den trotz der Saison so zahlreichen arbeitslosen untergebracht werden können. Die Versammlung wurde mit einem Appell an die Anwesenden, nach besten Kräften für die Organisation und die Arbeiterbewegung thätig zu sein, geschlossen.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.  
G. G. 99. Adresse von N. uns nicht bekannt; Adresse von S. Lindenstraße 44. Wegen der Annonce wenden Sie sich an die Expedition.  
H. G. 11. Wie hoch die Kirchensteuer zur Zeit ist, wissen wir nicht.  
K. G. Die Klage hat, soweit fünf Tage in Betracht kommen (Die Zeit nach Beibringung des Aliezes), Aussicht auf Erfolg.  
C. W. O. Beschneide. Berufung wäre aussichtslos.  
A. St. 1. und 2. Ja. 3. Nein. 4. Wenden Sie sich an die Postdirektion, Alte Jakobstraße.  
S. S. 1. Nein. 2. Leider ja, da Sie der Wirtin nicht ausdrücklich verboten hatten, Rachnahmebriefe u. dergl. für Sie anzunehmen. Der Fall selbst ist der Expedition mitgeteilt.  
D. S. 937. Nein.  
Lithograph. Ist nichts anderes vereinbart, so ist von und gegen Chambergaristen und Schlachtern nur bis zum 15. zum Ersten (nicht umgeteilt bis am Ersten zum Fünftzehnten) zu kündigen.  
SS. 1. Die Pfändungsmöglichkeit liegt vor. Jedoch muß das für die rechtliche Familie Erforderliche gelassen werden. 2. Das ist kein Ehehindernisgrund.  
Bitte rungsübericht vom 26. November 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Parameter	Wind	Witterung	Stationen	Parameter	Wind	Witterung
Stettin	758	ED	1 bedeckt	Saparanda	770	SW	— bedeckt
Hamburg	756	D	3 bedeckt	Petersburg	—	—	—
Berlin	757	D	2 bedeckt	Cort	747	RS	3 bed.
Konstanz	751	D	2 wolkl.	Alberdeen	—	—	—
München	751	D	3 bedeckt	Paris	748	DRD	3 bedeckt
Wien	757	ED	1 bedeckt	—	—	—	—

Wetterprognose für Donnerstag, den 27. November 1902. Ein wenig kälter, vorwiegend neblig bei ziemlich frischen stilligen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

**Central-Verband der Maurer Deutschlands.**  
Berlin, Zweigverein 1. Putzer.  
Am 24. d. M., abends 11 1/2 Uhr, verfährt nach langem, schwerem Leiden meine liebe gute Frau, meine gute Mutter, Tochter und Schwester  
**Klara Lange**  
geb. Schirmer  
im Alter von 85 Jahren.  
Dies zeigt um stille Teilnahme bitend, im Namen der Hinterbliebenen an. 6875  
**Reinhold Lange.**  
Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause Rübendörferstr. 47 aus nach dem Georgen-Kirchhof vor dem Landberger Thor statt.

**Stablissement Buggenhagen am Moritzplatz.**  
Heute Donnerstag:  
**Militär-Konzert**  
Musikkorps Garde-Fußler-Reg. (Der Dispel.) 51992  
Im Keller-Saal: Norddeutsche Sänger und Tanz.  
In Ltr.-Fl. empfehle: Cognac 1,25-10,35, Rum 1,00-5,60, Nordhäuser 0,45-1,35, Liqueure, Eiercognac, Citronen- u. Himbeersaft.  
Port- u. Ungarweine gut u. billigst  
**Carl Schindler, Chausseestrasse 55.**

**Centralverband der Maschinisten und Keizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.**  
Verwaltungsstelle Berlin und Umgegend.  
Sonntag, d. 20. Novbr., im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Platz 15:  
**Gr. Familien-Kränzchen.**  
Der Ueberblick ist zur Unterstützung der Wittwen und Waisen verordneter Mitglieder bestimmt.  
Für reichhaltige Unterhaltung während der Pause ist bestens gesorgt.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Einladungskarte a 30 Pf. pro Person sind in sämtlichen Jahrestellen sowie bei den Vorstands- und stammitgliedern zu haben. 6896  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
**Das Komitee.**

**S. Klein**  
Jerusalem-Strasse 44/45.  
Bedeutende Preis-Ermässigung.  
Blusen . . . . . von Mk. 1.— an.  
Costumes . . . . . „ Mk. 6.— „  
Costümröcke . . . . . „ Mk. 2.— „  
soweit der Vorrat reicht. 5769L\*

**Dankagung.**  
Allen Freunden und Bekannten, den Kollegen vom „Vorwärts“, dem Gesangsverein Tonblüte für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau **Auguste Kölling** sage ich hiermit meinen herzlichsten Dank. 6935  
**Albert Kölling.**

**Wurstbuch**  
in schöner Ware von 50 Pf. an, feinste Zub., 2 Anproben, für guten Sitz beim goldnen Medaille. Gandaubarkeit. 124/6  
**Ludwig Engel.**  
Brennerei-Str. 23, 2 Tr., nahe Alexanderplatz. Begr. 1892.  
Komme auch Mahnen ins Haus. Bitte Postkarte.

**van Houten's Cacao**  
Das beste tägliche Getränk!

**Letzte Meissner Geld-Lotterie.**  
Ziehung bestimmt vom 29. November bis 5. Dezember d. J.  
13 160 Geld-Gewinne und 1 Prämie, zusammen  
**375 000 Mark bar.**  
Die Hauptgewinne sind im glücklichsten Fall ev. 100 000, 60 000, 40 000, 20 000, 10 000 M. etc.  
Original-Lose a 3 M. (Porto und Liste 30 Pf. extra) empfehlen und versenden auch gegen Nachnahme und Briefmarken  
**Werner & Co.,** Bank-Geschäft, Berlin W., Friedrichstrasse 198/199 (Ecke Krausenstrasse).  
Telegr.-Adr.: Millionenecke.

**Bruchpresskohlen.**  
Halbheine, Salondretts, Gauhäse, sowie sämtliche Brennmaterialien. Billige Sommerpreise.  
Arbansstr. 171.  
**Carl Schulz, Plan-Platz 20.**  
**Dr. med. Schaper**  
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.  
Königsgrünerstr. 27, Spr. 9-1, 4-7.

**Wer-Stoff-hat.**  
Herzige Anzug 20 M., feinste Zub., 2 Anproben, für guten Sitz beim goldnen Medaille. Gandaubarkeit. 124/6  
**Ludwig Engel.**  
Brennerei-Str. 23, 2 Tr., nahe Alexanderplatz. Begr. 1892.  
Komme auch Mahnen ins Haus. Bitte Postkarte.

**Dr. Simmel,** Prinzen-Str. 41. Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.  
**Verfallene Pfänder zum Verkauf.** Gold-, Brillanten- u. Silberne Uhren, Ketten, Ringe, sonder u. schön, m. Spott, dert. Pfändl. Prinzenstr. 28 I, Ecke Ritterstr.

## Jedes Wort 5 Pfennig. Kleine Anzeigen.

**Verkäufe.**  
Sandparzellen! 30 Mark Anzahlung, wöchentlich 3 Mark Anzahlung verkauft Hausverwaltung Brunnenstraße 151. 6165  
**Gardinenhaus** Große Franzfurterstraße 9, parterre. +37\*  
**Garbenderhaus** August Köhlers, Große Franzfurterstraße 16. 13736\*  
**Diesjährige elegante Herren-Anzüge** und Paletots aus den modernsten Stoffen in guter Verarbeitung und gutem Schnitt von 18 bis 45 Mark. Julius Lindenbaum, Große Franzfurterstraße 141, 6te Franzfurterstraße.  
**Hochbornische** Herrenanzüge, Winterpaletots, aus feinsten Stoffen herrlich, 18-38. Schneider 8-11 Mark. Verkauf Sonntag, abends, Sonntag. Deutsches Verbandshaus, Jägerstraße 63, I. 6375\*  
**Herrenpaletots,** Anzüge, Reismuster, nur einzeln, weit unter Engrospreis. Brunnenstraße 186, II. rechts. 124/5\*  
**Vorjährige elegante Herren-Winterpaletots** und Anzüge aus feinsten Stoffen 25 bis 40 Mark. Verkauf Sonntag und Sonntag. Verbandshaus Germania, Unter den Linden 21. 13078\*  
**Nähmaschinen.** Bis zu zehn Mark, wer auf Teilzahlung Nähmaschinen kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Starke arbeiten. Wasser, Barichauerstraße 64. 48/19\*  
**Kanarienvogel** verkauft Gelder, Widenstraße 87, vorn II. +97\*  
**Kanarienvogel,** große Auswahl, Großgärtneri Krebs, Köpnickstraße 154a, 4 Treppen. +113

**Blusen,** diese Woche Ausnahmepreise, unerreicht billig. Leipzigerstraße 112 II. 14313\*  
**Tadette, Paletots, Capes, Reismuster,** unerreicht billig. Leipzigerstraße 112 II. 14325\*  
**Gardarbeiten,** angefangene und vorgezeichnete, Reismuster! Spotbillig. Leipzigerstraße 112 II. 14338\*  
**Blusen,** diese Woche Ausnahmepreise, unerreicht billig. Leipzigerstraße 112 II. 14348\*  
**Damenkonfektion** jeder Art, Modelle und Reismuster, unerreicht billig. Leipzigerstraße 112 II. 14358\*  
**Krawattenstoffe,** große Auswahl. Wallnertheaterstraße 30. 2066  
**(20.) - Gardinenhaus** Bernhard Schmach: Nur Wallstraße!  
**Teppiche!** (schwerlos) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Paderstraße Markt 4, Bohnhof Börje. 119/5\*  
**Teppichdecken** spotbillig. Jägerstr. 20. +92\*  
**Säulenrumeau,** geschliffen, 402R., Chausseestrasse 6a, I. +46/10\*  
**Teppiche** mit Farbentfärbung, niedrige Große Franzfurterstraße 9, parterre. +97\*  
**Nähmaschinen!** Kinghoff, Adler, Central-Bohlin, Orion (Rotations-Bohlin), Westa, Lambourier, Elafite, Säulen- und Vieren-Maschinen. Elegante Ausstattung, billige Preise, bei Abzahlung coulanteste Bedingungen. Deilmann, Gollnowstraße 36, nahe der Landbergerstraße. 13678\*

**Planino,** fast neu, billig verkauft. Raabenstraße 15, parterre (Winterfeldt-Platz). 45/7\*  
**Stridmaschinen** auch Teilzahlungen. Breders, Engel-Platz 20. 47/16\*  
**Waschmaschinen** 6,00, Gastoch-Heizöfen 7,00, Petroleumöfen billig. Zweifelslos 3,00, Dreifelslos 4,00, Gasbügellapparate billig. Wobler, Wallner-Theaterstraße 32.  
**Netze!** spotbillig, frisch geschlagen, auf dem Central-Wichhof verkauft. Edenaerstraße, gegenüber Feldrestaurant Gubisch, Paderstr. von 60 Pfennig an. Paul Hoff. 49/16\*  
**Malzkräftiger,** blutbildend, für Nerven, Brustkrankheiten, Schwächliche, Geruchsinnahme, bessere Geschmacksstoffe, überaus gesund, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2 Liter 3,50 Mark. Nicht Flaschenzahl, Qualität entscheidet. Forter-Kellerei Ringler, Bernauerstraße 119. 122/17\*  
**Teppichdecken** billig! Jägerstr. Große Franzfurterstraße 9, parterre. +97\*  
**Kanarienvogel** 4,00, Neanderstraße 7.  
**Winterpaletots,** Anzüge, Reismonturen spotbillig! Leihhaus, Neanderstraße 6. 50/3\*  
**Teppiche,** Betten, Teppichdecken, Gardinen, Spiegel, Regulatoren, Korbstühle, Stühle spotbillig! Leihhaus Neanderstraße 6, Teilzahlungen gestattet. 50/3\*  
**Ehevermittlung** wegen verkauft Dame vollständig neue Einrichtung, Bildstöße, zwei Bettstellen, Spinde sofort Friedrichstraße 131D, vorn IV links. 78/17  
**Nähmaschinen** zahlte bis 10 Mark, wer auf Teilzahlung Nähmaschinen kauft oder nachweist. Karte erbeten. Brauer, Barichauerstraße 64. 6865

**Nähmaschinen** ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpnickstraße 60/61, Landbergerstraße 82. +92\*  
**Verschiedenes.**  
**Patentbureau** Dammann, Oranienstraße 57, Moritzplatz. Bis abends neun. 5526  
**Rechtsbureau,** Zeitungsverträge 45, Eingaben, Gesuche, Raterteilung Unbemihten unentgeltlich. 13268\*  
**Rechtsbureau,** Prozeßbeistand, Eingabengeld, Raterteilung, Fall, Currenstrasse vierzig. 6475\*  
**Rechtsbureau** Gruner Weg vierundneunzig (Königsplatz), Rechts-hilfe, Gerichtsbeistand, Eingabengeld, Raterteilung. 6546\*  
**Zahnarzt** C. Gebide, Eragardstraße 3. +137\*  
**Kunsthandwerk** von Frau Kofsky, Steinmühlstraße 49, Quergebäude hochparterre.  
**Fahrräder,** Nähmaschinen, Beleuchtung Paulstraße 7, Lagerplatz.  
**Fahrrad** kauft Kaylaff, Schönhäuser Allee 163a. 122/1\*  
**Rechtliche!** Wer sich über diese unpopuläre Grausamkeit unserer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Divulktion, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Verkehrsverein, Königgräberstraße 108. Um gültigen Abdruck wird gebeten. 1615\*

**Achtung, Vereine!** Umhändlungs-Saal ersten Feiertag frei geworden. Neue Königstraße 7. 78/13\*  
**Vermietungen.**  
**Zimmer.**  
**Mobliertes Zimmer** sofort Stall-schreiberstraße 35, I rechts. 6765\*  
**Schlafstellen.**  
**Schlafstelle** zu vermieten. Galles, Fahnstraße 17, 2. Obergebäude IV, Schöneberg. +124\*  
**Freundliche Schlafstelle.** Reimiger, Widenstraße 162, Hof 1. +133

**Arbeitsmarkt.**  
**Stellenangebote.**  
**Einen tüchtigen** Schneider und Aufreißer, der schon längere Zeit in der Branche gearbeitet hat, verlange A. u. C. Schneidewind, Breitenweg 16, Kommandantenstraße 16. 6606\*  
**Tüchtiger** Farbigmacher und Aus-schneider verlangt Goldleistenfabrik, Neidenbergerstraße 88. +17  
**Tüchtigen** Kreiser verlangt Gold-leistenfabrik Rosnow u. Co., Schind-strasse 6. 6906  
**Plätterinnen** auf Stich- und Um-legerarbeiten verlangen Leubnerer und Gravenbeck, Wälschstraße, Woll-strasse 13. 78/16  
Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Feid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts